

Neuer Vorwärts

Nr. 78 SONNTAG, 9. Dez. 1934

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Das System erschießt weiter
Furtwänglers Auflehnung und
Rücktritt
Die Saarkatholiken im Kampf
Fabriken als Kasernen

„Ich habe den Reichstag angezündet!“

Gruppenführer Karl Ernst berichtet

Das Pariser »Journal« vom 4. Dezember veröffentlicht in französischer Uebersetzung den Wortlaut des Berichts, den er am 30. Juni ermordete SA-Gruppenleiter von Berlin, Karl Ernst, von der Brandstiftung im Reichstag gegeben hat. Der Bericht stammt aus dem Material des schwedischen Senators, Genossen Branting, eines in der ganzen Welt angesehenen Juristen, der sich seit Jahr und Tag mit der Aufklärung dieses größten Verbrechens der Weltgeschichte aufs angelegentlichste beschäftigt.

Natürlich wird auch hier wieder, wie in ähnlichen Fällen der Verdacht der Fälschung auftauchen, und insbesondere werden die Beschuldigten alles mögliche tun, um die Beschuldigungen des Dokumentes zu entkräften. Man kann jedoch zur Gewissenhaftigkeit und zum kriminalistischen Scharfsinn des Senators Branting das Vertrauen haben, daß die Echtheit des Dokumentes aufs sorgfältigste geprüft worden ist, und daß sie jeder Prüfung standgehalten hat.

Außerdem spricht für die Echtheit des Schriftstücks ein hoher Grad innerer Wahrscheinlichkeit. Wer die Schrift Justinians über den Reichstagsbrand (Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad) noch in Erinnerung hat, wird bemerken, daß die Erklärung des Karl Ernst alle dort noch offen gebliebenen Lücken schließt und auf alle Ratselfragen schlagende Antworten erteilt.

Jene Schrift kam auf Grund genauester Untersuchung zu dem Ergebnis, daß jede andere Täterschaft als die der Nationalsozialisten ausgeschlossen ist, daß einzig und allein Nationalsozialisten als Täter in Frage kommen können. Ueber die Persönlichkeit der Brandstifter jedoch und die näheren Umstände der Tat konnte noch nichts endgültiges gesagt werden; obwohl schon damals im Volksmunde die richtigen Namen umgingen. Durch die Veröffentlichung des »Journal« dürften die letzten Zweifel über die schuldigen Personen und das Maß ihrer Schuld beseitigt sein.

Karl Ernst hatte gehofft, sein Leben dadurch retten zu können, daß er sein Geständnis ins Ausland schaffen ließ. Er kam aber nicht mehr dazu, das Dokument als Druckmittel zu benutzen, die Feme arbeitete zu schnell. Zugleich mit ihm wurden auch Röhm, Fiedler, Mohrenschild abgeschlachtet. Göring und Göbbels leben noch.

Göring und Göbbels haben am 3. April 1933 im Reichskabinett ein Gesetz mit beschlossen, wonach Brandstiftung mit dem Tode durch Köpfen oder durch Erhängen bestraft werden kann. An dem Tage, an dem in Deutschland wieder Recht herrscht, wird mit ihnen nach ihren eigenen Gesetzen verfahren werden.

Einstweilen sitzt Torgler, der im Reichstagsprozeß Freigesprochene, noch im Gefängnis. Tausende ehrenhafter Männer und Frauen bevölkern die Kerker, die Konzentrationslager des Dritten Reiches, während Göring und Göbbels regieren.

Mord und Totschlag, Brandstiftung, Raub und Diebstahl am Eigentum der Arbeiter werden nicht bestraft, wenn sie von Nationalsozialisten begangen werden. Ehrliche Männer und Frauen werden für die Verbreitung der Wahrheit mit Zuchthausstrafen bis zu 12 und 5 Jahren verurteilt.

Das ist das Land, das Hitler, Göring und Göbbels regieren. Wie lange noch! Wie lange noch?

Karl Ernst, Gruppenführer der SA-Berlin-Brandenburg, preußischer Staatsrat, der nach kurzer abenteuerlicher Laufbahn ein Opfer des Kameradenmordes geworden ist, erklärt in seinem Bericht, daß er gemeinsam mit seinen beiden Unterführern Fiedler und Mohrenschild, die dann gleichfalls am 30. Juni abgeschlachtet wurden, den Reichstag in Brand gesteckt habe. Die Erklärung, die vom 3. Juni 1934 datiert ist, überschlägt sich förmlich in Ausdrücken der Treue und der Ergebenheit für den »Führer«. Offenbar sollte sie für den Fall, daß sie in die Hände Hitlers kam, diesen für den Verfasser günstig stimmen. Desto schärfer legt sie gegen

»Kreaturen à la Göbbels und Göring« los, die in einem gleichzeitig veröffentlichten Brief des Ernst an seinen Spießgesellen Heines in Breslau als der »Lahme« und der »Kleiderständer« bezeichnet werden. Von ihnen wird gesagt, daß sie mit Hilfe der SA und des »Führers« zur Macht gekommen seien, um beide zu verraten.

Ursprünglich bestand die Absicht, in Breslau ein Attentat auf Hitler zu fingieren. Gegen diesen Plan hatte aber der tapfere Göring Bedenken, weil er fürchtete, daß

das Breslauer Attentat beispielgebend wirken könnte. Man kam also von diesem gefährlichen Plan wieder ab und überlegte, ob man nicht das königliche Schloß in Brand stecken oder eine Bombe in das Innenministerium werfen sollte.

Da war es nun Göbbels, der meinte, dann sei es schon besser, den Reichstag in Brand zu stecken, um einen Vorwand für das Losschlagen gegen die Marxisten zu haben.

Leuten von durchschnittlich europä-

ischen Begriffen und Vorstellungen mag das abenteuerlich vorkommen. Hier muß man aber daran erinnern, daß schon der Mord an Rathenau in der Absicht verübt worden war, die Arbeiter zu einer gewalttätigen Erhebung zu bringen, um sie dann niederschlagen zu können. Die Nationalsozialisten haben für derartige Verbrechen, die sie teils ausgeführt, teils nur projektiert, aber oft ungeniert erörtert haben, den Fachausdruck »Absprung« gehabt. Um einen solchen Absprung zum Staatsstreich hat es sich auch bei der Brandstiftung im Reichstag gehandelt. Bekanntlich hatten die Nationalsozialisten bei den Novemberwahlen von 1932 ihren Mandatsbestand von 230 auf 195 verringert, und darum glaubten die Deutschnationalen, sich mit ihnen auf eine Koalition einlassen zu können. In dieser Koalition hofften sie sich zu behaupten und den Nationalsozialismus allmählich zu besseren Sitten zu erziehen. Hitler brauchte den Reichstagsbrand auch gegen die Deutschnationalen, so wie einst Bismarck die Attentate Hödels und Nobilings auch gegen die Nationalliberalen gebraucht hatte.

Bismarck mag seinerzeit ein glücklicher Zufall zu Hilfe gekommen sein. Hitlers Glücksfall wurde aber von den Seinen mit den Mitteln der Brandstiftung fabriziert. Wieder könnte der Ungläubige fragen: »Sind denn in einem zivilisierten Lande, wie es Deutschland früher einmal gewesen ist, Brandstiftungen gebräuchliche Mittel, um politische Ziele zu erreichen?« Darauf ist zu antworten:

»In unzähligen Fällen haben die Nationalsozialisten in Deutschland und in Oesterreich Brände gestiftet und Bomben gelegt.«

Man braucht nur das amtliche österreichische Braunbuch aufzuschlagen, um näheres darüber zu erfahren. Außerdem ist aber die Brandstiftung immer noch ein

relativ humanes Mittel gegenüber dem Mord, dessen sich die Nationalsozialisten in allen Formen und Variationen bis hinauf zum Kameradenmord in unzähligen Fällen schuldig gemacht haben.

Es wurde also beschlossen, den Reichstag in Brand zu stecken. Ursprünglich sollte das schon am 25. Februar geschehen. An diesem Tage hielten aber die Kommunisten im Reichstag bis 10 Uhr abends eine Beratung ab, und darum mußte der Plan auf den 27. verschoben werden.

Göring stellte den unterirdischen Gang zur Verfügung, der sein Präsidentenpalais mit dem Reichstag verbindet und beschaffte einige Kannen eines Phosphorpräparats, das sich eine halbe Stunde, nachdem es an die freie Luft gebracht worden ist, von selber entzündet. Damit wurden am 27., abends, im Sitzungssaal und in der großen Wandelhalle die Möbel bestrichen, außerdem wurden Vorhänge und Tapeten mit Petroleum begossen.

Indessen hatte Helldorf auch den Vaganten van der Lubbe aufgegebelt, der sich mit leichter Mühe dazu verleiten ließ, für sich allein — ohne von dem Vorhaben der anderen zu wissen — die Brandstiftung zu übernehmen. Es wurde beschlossen, daß van der Lubbe durch das Fenster des Restaurants eindringen sollte. Wurde er dabei gefaßt, so war für die anderen, von denen van der Lubbe ja nichts wußte, nicht das Geringste riskiert. Doch wurde dem Holländer eine Begleitperson mitgegeben, der Pg. Sandner, der ihm bei seinem Aufstieg behilflich war, und dann sofort dem Pressechef Handfängl, der sich im Palais Görings aufhielt, benachrichtigte. Auch Sandner wurde am 30. Juni ermordet.

Als der arme Teufel van der Lubbe in den Reichstag kam, blieb ihm nicht mehr viel zu tun übrig. An allen Ecken und Enden begann es alsbald zu brennen. Karl Ernst, Fiedler und Mohrenschild hatten das Haus schon wieder verlassen. Die Polizei fand den armen Teufel allein, wie er, halb- oder ganz wahnsinnig mit nacktem Oberkörper, nur noch mit einer Hose bekleidet, eine Brandfackel schwingend in den Gängen des Reichstags umherirrte. Wenige Minuten danach begann der Propagandaapparat zu spielen. Er meldete, daß die Brandstiftung im Reichstag »eines der ungeheuerlichsten Verbrechen der Weltgeschichte«, von einer

»sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront« begangen worden sei. Die Polizei drang in das »Vorwärts«-Gebäude ein und beschlagnahmte aus dem Maschinensaal heraus die gesamte Auflage des »Vorwärts« vom 28. Februar. Tausende kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet. Schlagartig hatte der große Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzug gegen die Marxisten eingesetzt. Und wenn am 5. März trotz alledem die Sozialdemokratie mit 7 Millionen ihre Stimmzahl hielt, wenn die kommunistische Partei es noch auf 5 Millionen brachte, so stieg doch die NSDAP auf 288 Reichstagsmandate und 43 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Mit der kleinen deutschnationalen Partei, die sich nun rettungslos in ihrer Gefangenschaft befand, hatte sie im Reichstag eine wenn auch nur knappe Mehrheit.

Mit der Erzielung dieser Mehrheit war die Wirkung des Reichstagsbrandes aber

Zeichen der Zersetzung

»Sunday Referee« meldet sieben Erschießungen von Nationalsozialisten in München.

»Reuters« meldet Verhaftung zahlreicher Nationalsozialisten in Danzig.

»Times« melden wachsende Spannungen zwischen Reichswehr und SS. Sie prophezeien einen zweiten 30. Juni und werden in Deutschland wieder einmal konfisziert.

Göring schreit in Essen, die Winterhilfe muß Erfolg haben, denn der Nationalsozialismus hat gewonnen, »wenn wir den Winter überdauern«.

Göbbels sagt in Stettin: »Deutschland wird das kühnste Experiment durchführen, das die Geschichte jemals gesehen hat.«

Helmut Brückner, Oberpräsident und Gauleiter von Schlesien, preußischer Staatsrat usw. usw., einer der Parteigründer von 1925, Hauptstütze des Regimes, erst vor wenigen Tagen noch von Frick öffentlich gefeiert und belobt, ist aller Ämter enthoben und von der Partei ausgestoßen.

Graf von der Goltz, Stellvertretender Führer der Wirtschaft, nimmt seinen Abschied, weil er den »organisatorischen Aufbau der Wirtschaft« à la Schacht nicht mitmachen will.

Große Insubordinationen der SA und der SS sind an der Tagesordnung.

Die Löhne sinken, die Preise steigen, die Unternehmer, die kleinen Leute, die Bauern schimpfen, die meisten noch heimlich, viele schon offen. In der Arbeiterschaft wachsen in aller Stille trotz Gestapo und Staatsanwalt die Kräfte des Widerstandes.

Die Bestie windet sich in Krämpfen, aber noch ist sie stark genug, jeden, der ihr den Genickfang geben will, mit ihrem Prankenschlag und ihrem Pesthauch zu vernichten. Noch geht der Terror um und in seinem Gefolge die Furcht.

Wir wollen nicht voreilig sagen: »Es geht zu Ende!« Aber wir wollen auch nicht fatalistisch prophezeien: »Es dauert noch lange!« Dieses ängstliche »Wenn wir den Winter überdauern«, dieses Desperadospiel mit »kühnsten Experimenten« ist kein Zeichen von Selbstgefühl.

Sollen wir das Regime in seiner Festigkeit günstiger beurteilen, als es dies selber tut? Jetzt schon lebt es nicht mehr von seiner eigenen Stärke, sondern nur noch von der Schwäche seiner Feinde. Lernen diese, in dem gleichen Tempo, in dem das Regime Kraft verliert, stark zu werden, kommt bald das Ende.

noch nicht zu Ende. Der Terror war entfesselt und wütete hemmungslos. Es begann die Ära der Konzentrationslager, der Morde und der mehr oder weniger geheimnisvollen Selbstmorde. Einer der ersten, der von der eigenen Hand fiel, war der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Oberfohren.

Er hat wenige Tage vor seinem blutigen Ende einem Sozialdemokraten mitgeteilt, daß niemand sonst als die Nationalsozialisten die Urheber der Brandstiftung im Reichstag seien.

Wahrlich, das Beweismaterial ist erdrückend. Der Reichstagsbrand und seine Ausnützung zum Staatsstreich und Verfassungsverbruch, zur Vernichtung des deutschen Rechtsstaates, der deutschen Kultur und Gesittung, ist und bleibt für alle Zeiten das grauenhafteste Verbrechen, dessen sich Menschen schuldig gemacht haben. Welt und Weltgeschichte werden über die Schuldigen ihr unerbittliches Urteil sprechen.

Berlin spricht von »Barbarens«

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Am 1. Dezember, als man in allen Zeitungen der Welt die Nachrichten von der Einkerkierung des Jenenser Philosophieprofessors Leisegang und von der Entlassung des Bonner Theologen Karl Barth lesen konnte, hielt der Rektor der Universität Berlin eine vom Deutschlandsender verbreitete Rede, in der er dem »tiefen Schmerz« der gesamten deutschen Hochschulwelt Ausdruck verlieh. Dieser Schmerz galt aber nicht der völligen Vernichtung jeder Lehr-, Lern- und Denkfreiheit in Deutschland, sondern er galt der Tatsache, daß die Insignien der Prager Universität aus dem Besitz der Deutschen in den der Tschechen übergegangen waren. Diesen Vorgang nannte Se. Magnificenz wörtlich »seinen Rechtsbruch ohnegleichen«, womit eindeutig gesagt ist, daß gleich schlimme Brüche des Rechts sonst und nirgends vorgekommen sind, insbesondere nicht in Deutschland. Durch diesen »Rechtsbruch ohnegleichen« wurde das deutsche Volk (wörtlich)

»entehrt, beraubt, beschimpft« und nochmals (wörtlich) »beraubt, erniedrigt, entehrt«. Aber auch die Tschechen haben sich selber »entehrt«, weil sie (wörtlich) »nehmen, was ihnen nicht gehört«.

Gegen diese Mißtat legten die deutschen Hochschulen durch den Mund des Berliner Rektors »Verwahrung ein vor der ganzen geistigen Welt«.

Die geistige Welt wird sich fragen, ob man die Selbstverhöhnung noch höher treiben kann. Man kann es! Verstieg sich doch der Rektor zu dem folgenden Satz:

»Wenn wir Deutschen nur etwas halbwegs Ähnliches täten — wie würde das Wort

»Barbarens«

in der Welt wieder aufflammen gegen uns!«

Die geistige Welt wird aus der Rede des Berliner Rektors mit Erschütterung entnehmen, daß in Deutschland Gelehrsamkeit und Kretinismus zwei Dinge sind, die einander nicht ausschließen. Die geistige Welt weiß, daß der Deutsche in der Tschechoslowakei ein freier Bürger, in Deutschland aber ein rechtloser Sklave ist. Die geistige Welt weiß, daß deutscher Geist, deutsche Wissenschaft und deutsche Kunst in Prag und anderwärts im Ausland Schutz und Zuflucht finden vor dem Vandalismus ihrer reichsdeutschen Verfolger. Die geistige Welt weiß auch, daß der Prager Streit um tote Gegenstände nichts ist im Vergleich zu den gräßlichen Verbrechen, die in Deutschland tagtäglich von den Regierenden an ihren unterworfenen Volksgenossen verübt werden.

Der Berliner Rektor hat u. a. auch im Befehls- und unter tosendem Beifallgetrampel den Satz geprägt: »Die deutsche Universität ist deutsch und bleibt deutsch!« Daß dies stimmt, möchten auch wir annehmen, denn die Tschechoslowakei ist ein demokratischer Rechtsstaat, der seine Minderheiten leben läßt. Aber gerade die Gesinnungsgenossen der deutschen Nazis, die tschechischen Faschisten, haben die Aufhebung sämtlicher deutschen Hochschulen in ihrem Programm. In dem Augenblick also, in dem die Grundsätze des Dritten Reiches in der Tschechoslowakei zur Geltung kämen, würde die deutsche Universität in Prag nur noch eine historische Erinnerung sein. Wird vom Dritten Reich weiter die nationalistische Leidenschaft allüberall geschürt, dann kann der Tag bald kommen, an dem die Deutschen im Ausland dafür blutig zu zahlen haben werden!

Das Manifest von Saarbrücken

Saarkatholiken gegen Drittes Reich — Gründung des Christlich-sozialen Volksbundes — Sein Führer: Heinrich Imbusch

Ein »Christlich-sozialer Volksbund« wurde am 30. November im überfüllten Vereinssaal des katholischen Gemeinschaftshauses Konkordia in Saarbrücken ins Leben gerufen. Mit einem »Aufruf an das katholische und evangelische Saarpolk« hat die neue Organisation ihren ersten Schritt in die politische Wirksamkeit getan. Mehr als siebzig Geistliche des Gebietes sind Mitunterzeichner. Ein symptomatischer kleiner Vorgang: Unter denen, die die Hand zum Schwur auf dieses Manifest gegen die Hitlervergewaltigung erhoben, befand sich auch der letzte Vorsitzende und Treuhänder der aufgelösten saarländischen Zentrumspartei...

Man hat allen Grund anzunehmen, daß die umfangreichen Vorbereitungen für diesen Versuch, den Bann der hitlerdeutschen Gleichschaltung und Diktaturmonotonie zu durchbrechen, schon seit geraumer Zeit getroffen waren. Schon gleich zu Beginn seiner politischen Tätigkeit kann der Volksbund mit bestimmten organisatorischen Leistungen aufwarten. Nach Angaben seiner Gründer haben sich an den einzelnen Saarorten schon Hunderte von Menschen bereit gefunden, dem Bund beizutreten und ihm die Vertretung ihrer politischen Interessen anzuvertrauen. Überall seien die »Kerntrupps« schon vorhanden — was keineswegs Wunder nimmt, weil ja das Zentrum im Saargebiet immer ein Musterbild straffer Organisation in den früheren Jahren gezeigt hatte.

Die Organisation hat auch bereits ihre eigene Presse: die »Neue Saarpost« in Saarbrücken. Ihr Leiter Hofmann, früher Chefredakteur des jetzt gleichgeschalteten ehemaligen Zentrumshauptblattes, der »Landeszeitung«, führt den Kampf gegen das Hitlerregime schon seit Jahr und Tag mit tapferer Klinge. Aber standen bisher Hofmann und sein Kreis ziemlich allein, so hat er jetzt die neue Organisation hinter sich.

Um die Saar geht es, aber nicht um sie allein! Wie wäre es sonst auch verständlich, daß neben dem früheren Reichstagsabgeordneten des Zentrums und Revierleiter des christlichen Gewerkvereins an der Saar, Fritz Kuhnen, der frühere katholische Arbeiterführer Heinrich Imbusch als einer der beiden wesentlichen Organisatoren zu gelten hat? Imbusch, alter christlicher Gewerkschaftler aus dem Westen, ist seit einem Jahr Emigrant an der Saar. Nun ruft — und gerade das gibt der Saarbrückener Gründung ihre hoffentlich bleibende Bedeutung weit über das begrenzte Kampfgebiet an der Saar hinaus — der alte Zentrumskämpfer ganz allgemein zum Kampfe gegen Hitlers System auf. Sein Ruf ist durchaus nicht für saarländische Ohren allein bestimmt! Und er wird auch bestimmt nicht allein von den Saarländern mit heller Begeisterung gehört werden! In der Konkordia-Gründungsversammlung führte Imbusch u. a. aus:

»Ich habe in den vergangenen Monaten manchmal gesagt, der Nationalsozialismus ist wie eine Grippe, wie eine geistige Krankheit, wie eine Seuche, er überfällt den Menschen wie eine Grippe; man muß abwarten, bis der Gesundungsprozeß kommt. Es wäre falsch, zu früh einzugreifen. Aber jetzt ist es Zeit! Jetzt ist es so hohe Zeit, daß mit aller Kraft eingegriffen werden muß!«

Es ist auch weiter sehr bezeichnend, daß Imbusch diese seine Saarbrückener Gründungsrede nicht damit begann, daß er etwa die nationalen und die praktischen Gründe aufzählte, welche die Saarländer am 13. Januar bewegen sollten, gegen Hitler und damit für ein wirkliches Deutschland ihr Votum abzugeben, sondern daß er gleich im Eingang die politische Freiheit allgemein und kategorisch forderte:

»... die Freiheit, selbst bestimmen, sich die Zeitung wählen können, die man haben will; man will sich selbst ein Urteil machen, will die Entwicklung selbst beeinflussen...«

Aber man lese auch das offizielle Gründungsmanifest des neuen Christlichsozialen Volksbundes, um zu erkennen, daß seine Zielsetzung weit über Saar und 13. Januar hinausreicht! Jeder seiner Sätze wirkt wie ein Keulenblieb gegen das ganze System Hitlers:

»Der Nationalsozialismus hat seit fast zwei Jahren in unserem deutschen Vaterland ein System der brutalen Gewalt aufgerichtet.«

»Mit schmerzlichen Bedauern erleben wir die Eingriffe in das kirchliche Leben...«

»...den furchtbaren Massenmord des 30. Juni...«

»...die vollkommene Entrechtung der Arbeiter und Angestellten...«

»...die Verseuchung der christusgläubigen Jugend mit den heidnischen Lehren der Alfred Rosenberg und Bergmann in den Arbeits- und Führerbildungslagern, in den Zirkeln der HJ und des BDM, in allen öffentlichen Schulbibliotheken.«

Es ist die sozialdemokratische »Deutsche Freiheit« in Saarbrücken, die in der Begrüßung, die sie dem Ereignis widmet, auch feststellt, daß die jetzt geschaffene Organisation von Hitlergegnern bürgerlicher Denkart das Hauptgewicht auf ihre christlichsoziale Tendenz legt. »Sie geht — so schreibt unser Blatt — »also über den Bereich des Saarkatholizismus hinaus und darum nahmen auch protestantische Vertrauensleute an der dankwürdigen Gründungsversammlung teil.«

Es mag gewiß so sein, daß für viele Katholiken religiöse Bedenken bestehen, sich an der Saar in die sozialistisch-kommunistische Freiheitsfront einzugliedern; und es ist wieder die »Freiheit«, die zwar diese Bedenken für »irrtümlich« mit Recht erklärt, aber auch darauf verweist, daß dieses konfessionelle Moment sicher bei der Gründung des Bundes mit Pate gestanden hat. So richtig das sein mag, so wesentlich bleibt aber auch, daß doch zutiefst die neue Bewegung nicht aus konfessionellen Gewissensnöten, sondern eben aus der sozialen Problematik und Aufgabenstellung heraus erwachsen ist, die gerade an der Saar, wo Röhlings Schilote rauchen, niemand übersehen kann und wo man so oder so optieren muß! Es gilt wesentlich (das Manifest besagt das ganz ausdrücklich) dem Kampf »gegen die Entrechtung der Arbeiter und Angestellten« durch das Dritte Reich! Das ist ein Motiv, das durchaus jenseits der religiösen Trennungen liegt. Darum wendet sich der

Volksbund ja auch deutlich gleichzeitig an die evangelische Bevölkerung, die Hitler und seinem Tun entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen will. Wieder ist es Imbusch, der alte Gewerkschaftler selbst, der diesen letzten Charakter der Bewegung, wie folgt, in seiner Taufrede schildert:

»Hier (an der Saar vor dreißig Jahren, wohin sich damals der Redner um einer schriftstellerischen Arbeit für einige Zeit begeben hatte. D. R.) fand ich ein unterdrücktes Volk. Hier herrschten die Hilger, die Stumm, die Röchling und Konsorten. Es gab keine Freiheit für die Arbeiter, für die arbeitenden Volksmassen, keine persönliche Freiheit, kein Recht der freien Meinungsäußerung, keine Koalitionsfreiheit. Der Arbeiter hatte nicht einmal das Recht, eine Zeitung zu halten, die er haben wollte.«

Und Imbusch fährt dann fort: »Heute ist im Saargebiet ein ähnlicher Zustand. Auch heute fühlt man sich mit Recht unterdrückt, heute ist keine Freiheit, auch heute fürchtet man, seine Meinung zu sagen!«

Nur also unter weitesten sozialen, wenn gewiß auch nicht unter sozialistischen Gesichtspunkten, kann erfaßt und verstanden werden, was sich am 30. November an der Saar geschichtlich vollzog. Es ist eine Hoffnung, die auch uns, uns deutsche und internationale Sozialisten, über alle Weltanschauungstrennungen hinaus in stärkstem Maße angeht!

H. E.

Hier spricht die Saar

Unter diesem Titel ist soeben eine Reportage über das Saargebiet von Theodor Balk erschienen. (Ring-Verlag, Zürich, 176 Seiten, Preis 1.20 schw. Franken.)

Es fesselt nicht nur durch gute Beobachtung, gründliche Kenntnisse und lebendige Schilderung, sondern es unterrichtet auch ausgezeichnet über die jetzige Atmosphäre im Saargebiet, besonders deutlich wird der Terror, der von der Deutschen Front ausgeht wird.

Rebellion der Kunst:

Furtwängler tritt zurück

Im Verlauf der Hindemith-Hetze ist Furtwängler, der weltbekannte Dirigent der Staatsoper und Vizepräsident der Reichsmusikkammer, von allen Ämtern — natürlich auf Druck von oben — zurückgetreten. Man hatte den hervorragenden Dirigenten, der den Ruf deutscher Musikkunst in alle Erdteile getragen hat, bis zuletzt zu halten versucht. Nachdem er gegen die Profanierung der Kunst im Fall Hindemith öffentlich in einem Artikel Stellung genommen hatte, war sein Sturz durch die braunen Halbgötter unvermeidlich geworden.

An dem Krawall, den die NS-Kulturgemeinde gegen den Komponisten Hindemith entfesselt hat, ist eines charakteristisch: seine Gegner bestreiten sein Können und seine Bedeutung nicht, im Gegenteil, sie geben seine musikalischen Qualitäten zu, nur »undeutsches Verhalten« wird ihm zum Vorwurf gemacht. Er hat früher mit Juden musiziert, er hat sich mit ihnen auch nach dem 5. März in der Schweiz getroffen, er gehört zu den Modernen der Musikwelt und ist mithin Kulturbolschewist. »Weg mit ihm«, schreien Göbbels »Angriffe« und die braunen Dilettantenvereine, »Platz für Würdigere« — und nun folgen die Namen einer Reihe neuer strebsamer Leute, die an die Krippe wollen. Es ist das im hitlerdeutschen »Kunstleben« übliche ekelhafte Bild. Da sich nach Hermann auch Furtwängler für den bedrohten Komponisten eingesetzt hat und seinen Feinden mit einem entschiedenen Artikel in der »DAZ« sogar politisches Dementi vorwirft, richtet sich der Stoß nunmehr auch gegen ihn. Der »Angriff« legt dem Staatsrat der Reichsmusikkammer zur Last, daß er nur Hindemith und Ausländer fördere, und daß in deutschen Konzertsälen »für lebende deutsche Künstler so gut wie gar kein Platz« sei. Also auch weg mit Furtwängler, gesinnungstüchtige Streber wollen auf die Weide.

Das ist die eine Seite der Hetze, über die andere können Göring und Göbbels am besten Auskunft geben. Furtwängler ist Dirigent der Berliner Staatsoper, die wiederum dem preussischen Ministerium untersteht, während das Propaganda-Ministerium die

Charlottenburger Oper zu kontrollieren hat. Merkt ihr was? Stürzt Furtwängler als Unwürdiger, so erweist es sich, um wie viel deutscher das Charlottenburger Haus betreut wurde. Göbbels möchte seinem Freunde Göring wieder mal ein verwinken, darum der Elfer seines Blattes und der ihm unterstellten NS-Kulturgemeinde, aus dem Falle Hindemith eine Affäre Furtwängler zu drehen. Nicht die Kunst entscheidet, sondern die Postenjäger der Mittelmäßigen und die pathologische Eifersucht zweier Oberboznen.

Wo das Publikum steht, zeigt sich bei jedem Auftreten Furtwänglers. Er wird seit Beginn des Streites so stürmisch gefeiert wie noch nie; das Publikum huldigt dem Manne, der die Freiheit der Kunst vertritt und demonstriert so in seiner Weise gegen die Despotie des Dritten Reiches.

Auch beträchtliche Teile der deutschen Musiker haben diese Vermischung von Kunst, Postenjäger, Politik und Rassenmumpsatt bis oben hin. Die Reichskulturkammer ließ jüngst ein Preisausschreiben für neue Musik zu Shakespeares Sommernachtsstraum los, denn Mendelssohn ist Jude, seine geniale Komposition muß weg. Gegen diese Barbarei haben prominente Vertreter der Musikerschaft einen Protest an die braune Kammer gerichtet, der besagt: »Wir spielen zum Sommernachtsstraum die Mendelssohnsche Musik oder gar keine!« Es wird also kaum etwas anderes übrig bleiben, als auch den Sommernachtsstraum abzusetzen. Der Protest aber bleibt ein Zeichen dafür, daß breiten Teilen der deutschen Musiker der Kunstidealismus noch nicht zertreten werden konnte.

Zwischen Revolution und Gewalt

Von Karl Böchel.

Wer die Revolution gegen den Faschismus nicht nur auf dem Papier, sondern als Tat will, muß die Gewalt wollen. Der Faschismus weicht nur der bereits angewendeten oder unmittelbar drohenden stärkeren Gewalt. Bejaht man diesen Fundamentalsatz der Revolution — wie beispielsweise das Prager Manifest — dann muß man als erstes eine revolutionäre Ideologie entwickeln, aus der die revolutionäre Bereitschaft der Klasse entspringt, und man muß die wirksamste Methode der Gewalt suchen.

Aber das ist die Tragik des Reformismus, daß er zwar die von Hitler geschaffene Tatsache des totalen Gewaltstaates anerkennen muß, aber die »Grenzen der Gewalt« ideologisch nicht zu überschreiten vermag, nämlich da, wo die Gewalt überhaupt erst beginnt. Und so wird seine ganze revolutionäre Konzeption schief, unwahr, konsequenzlos.

Revolutionäre Bereitschaft der Klasse setzt eine intensive Erziehung zur revolutionären Ideologie voraus. Man schafft keine revolutionäre, sondern eine defätistische Ideologie, wenn man, wie Schiffes macht, die gewaltigen, aufrüttelnden Erhebungen der österreichischen und spanischen Arbeiter als »kleinbürgerliche Schablone von der geretteten Ehre« erklärt und die deutsche Kapitulation als nachahmenswertes Beispiel empfiehlt.

Die großen Aufstände in Oesterreich und Spanien wirken ideologisch stark nach zwei Seiten: als stärkste Manifestation revolutionären Willens mit kaum abzuschätzender Ausstrahlung auf die sozialistische Ideologie der Weltarbeiterklasse und damit auf den Sozialismus selbst — aber auch als Zerstörung demokratischer Illusionen und damit als Absperrung des Wegs zur Rückkehr in die formale Demokratie. Wer das Rad der Geschichte in die Formaldemokratie zurückdrehen will, wird die revolutionäre Wirkung dieser Aufstände nicht als Gewinn buchen, aber dann soll er auch nicht behaupten, daß er zum Sturz Hitlers die Revolution wolle.

Was Genosse Stampfer gegen die Kommunisten sagt, die uns vorwerfen, daß wir kapituliert hätten, könnte noch viel schärfer ergänzt werden: Die Sozialdemokratie als Partei der friedlichen Entwicklung trug in entscheidenden Teilen gar nicht die Voraussetzung des revolutionären Kampfes in sich, war also als Ganzes auf die Katastrophe nicht vorbereitet — die KPD hatte 14 Jahre lang ihre Massen angeblich auf die große Auseinandersetzung einexerziert, war im entscheidenden Augenblick an Zahl fast ebenso stark wie die Sozialdemokratie und hat doch nicht gekämpft. Die eine Partei ging einen falschen Weg und kam erst in letzter geschichtlicher Stunde in Front — die andere überbetonte ihre revolutionäre Bereitschaft und ging trotz dieser höheren Bereitschaft nicht in den Kampf. Nein, sie haben sich gegenseitig wirklich nichts vorzuwerfen.

Wenn aber Stampfer in einem interessanten Paradoxon sagt, daß uns keiner etwas vorzuwerfen hätte, der uns nicht »vorgestorben« sei, so ist das falsch. Das Versagen eines anderen entbindet uns nicht der Kritik am eigenen Versagen. Und zudem stand hier das Problem genau umgekehrt: Es waren uns Menschen vorgestorben, deren Ideologie man scharf angegriffen hat. Man könnte also mit weit größerem Recht sagen: Keiner, der sein Leben nicht selbst in die Schanze zu schlagen bereit war, hat ein Recht, denen einen Vorwurf zu machen, die ihr Leben um der Idee willen gewagt haben.

Auch vom Standpunkt der »destilliert reinen Vernunft«, d. h. im marxistischen Sinn ausgedrückt, der ökonomischen Bedingtheit der geschichtlichen Entwicklung ist die Geringschätzung der Massengefühle falsch. Gerade auf diesem Gebiete hat die deutsche Sozialdemokratie eine furchtbare Lektion erhalten. Denn diese revolutionären Willenskräfte, die in Wien und Linz, in Barcelona und Asturien, so spontan aufstiegen, sind es ja gewesen, die in Deutschland sowohl in der Revolution 1918 wie in der großen Schlacht gegen die Kapprebellien wie beim preußischen Staatsstreik 1932 wie in der ganzen Geschichte der Republik nicht genügend ausgebildet, ja, wo sie erachteten, offen gehemmt wurden. Man denke doch nur an die Justizschande nach dem Sieg über den Kapp-Putsch, als man tausende Arbeiter ins Gefängnis warf, den Rebellen und ihrem General aber Pensionen bewilligte. Warum haben wir denn in dem kapitalistisch am weitest entwickelten Staat Europas, wo die objekti-

ven Voraussetzungen der sozialen Umwälzung — die Sprengung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die gigantische Uebersteigerung der Produktionsmittel — am ausgereiftesten waren, nicht nur die Revolution verloren, sondern auch das letzte Restchen demokratischer Freiheit? Ach, wenn wir nur im Kampf gegen die Maschinengewehre versagt hätten! Aber im Kampf um die Menschen, um die Hirne und Herzen sind wir unterlegen, wir, mit der herrlichsten Idee der Welt, gegenüber plumpen Demagogen, die nur deshalb auf der Skala des Gefühls so gut zu spielen vermochten, weil sie sich in unser eigenes revolutionäres Gewand hüllen konnten.

Und nun stehen wir vor zwei Beispielen gewaltigster Kämpfe, die jeden von uns bis ins Mark aufwühlten, nun haben wir Wallisch und seine Schicksalsgenossen mit fassungslosem Schmerz in den Tod gehen sehen, haben atemlos die Erhebung verfolgt und die Niederlage miterlitten, haben den unbändigen Haß des Weltproletariats gegen diese Barbarei mitempfunden und haben gespürt, welche Kraft von diesen »subjektiven Faktoren« auszugehen imstande ist, da hören wir, daß das die Ideologie des »kleinbürgerlichen Romantismus« sei. Und man braucht sich nur mit aller Konsequenz vorzustellen, was von der jetzigen sozialistischen Bewegung Europas noch da wäre, wenn nach der widerstandslosen Niederlage der großen deutschen Arbeiterklasse nun auch das rote Wien und das revolutionäre Spanien gekuscht hätten, um die Wirkung dieser Imponderabilien festzustellen.

Wenn uns War nun den Vorwurf macht, daß wir alles »aus der Sphäre des Ueberbaues zu begreifen versuchten«, so antworten wir ihm mit Engels, daß das »in letzter Instanz entscheidende Moment der Produktion und Reproduktion wirklichen Lebens« nie zu der »absurden Phrase gemacht werden dürfe, daß das ökonomische Moment das einzig bestimmende sei.« Gerade weil wir marxistisch und nicht schablonenhaft denken, weigern wir uns, die ungeheure Sphäre des Gefühls und Willens so unterzubewerten oder gar zu ignorieren, wie das die psychologische Wissenschaft analog mit dem weiten Feld des Instinkts und Unterbewußtseins, aus dessen Zone der größte Teil unseres Lebens motorisiert und gesteuert wird, bis vor kurzem getan hat.

Und nun die Formen der Gewalt! Wie kommen wir aus diesem zur blutigen Tragik gewordenen Zwiespalt heraus: wo die Demokratie erledigt ist, bleibt nur noch der gewaltsame Umsturz übrig — der gewaltsame Umsturz aber ist unmöglich, wo eine feste, modern bewaffnete Armee uns gegenübersteht. Zersetzung der Truppe? Und was dann? Noch ehe ich Wars Artikel über die »neue« Form der Gewalt kannte, habe ich, anknüpfend an die bisherigen revolutionären Waffen, Generalstreik und Aufstand, die Untersuchung folgender Fragen gefordert:

Wenn nun die Zersetzung der Truppe die taktische Aufgabe der revolutionären Klasse geworden ist, enthebt uns das der Aufgabe des Aufstandes? Kann das Proletariat darauf warten, bis »das Heer selbst sich von den unpopulär gewordenen Machthabern distanziert und löst« — wie Schiffes es formuliert — oder muß nicht der Anstoß zum Aufstand von der revolutionären Klasse selbst kommen? Ja, wie will man die Zersetzung der Truppe, ihren teilweisen Uebergang zur Revolution, geschweige ihre Neutralität, feststellen, wenn nicht im Kampf? Hat nicht die Erfahrung gelehrt, daß die Verfassung der Truppe immer erst im Kampf sichtbar wurde? Wie verhalten wir uns im Kriegs-, wie im Friedenszustand?

Diese wenigen Fragen zeigen schon die ganze Kompliziertheit des Problems. Man kann die »Richtigkeit« eines Aufstandes nicht apodiktisch mit Ja oder Nein abtun. Man soll die Waffen des Generalstreiks und Aufstandes kritisch auf ihre jetzige Form untersuchen, soll sie schärfen, wenn sie stumpf geworden sind — oder soll uns eine neue brauchbare Waffe vorzeigen.

Das unternimmt Fred War! Er sagt, wenn die Arbeiterklasse den von ihm entwickelten Gedanken erfaßt habe, habe sie auch die »entscheidende Gewalt von morgen entdeckt«. Wir hören weiter, daß »die Arbeit die erste Voraussetzung der Gewalt bilde, sie sei selbst eine Gewalt«. Das ist in verschiedenem Sinne richtig. Die Arbeit deutscher Proletarier ist z. B. die Grundlage der Luftflotte, Tanks und Großkampfmittel des Drit-

ten Reichs, ist die Voraussetzung der Herstellung von Maschinengewehren, mit denen man das Proletariat niederschleift, die Frage ist aber, wie man die Arbeit in eine revolutionäre Gewalt verwandeln kann? Auf diese konkrete Frage gibt War diese Antwort:

»Wir müssen die Mystik der Straße durch die Aktion der Arbeit ersetzen, das passive Streiken durch die Uebernahme der Produktion. Die Produktion ist zur unmittelbaren politischen Waffe geworden, die nicht mehr in der Form des Generalstreiks, sondern nur noch in aktiveren Formen zur Geltung kommt.«

Das Ei des Kolumbus? Weder passive Resistenz noch Generalstreik, weder Aufstand noch Bürgerkrieg, sondern einfach — Uebernahme der Produktion? Und wer noch daran zweifelt, daß die Uebernahme der Produktion ohne gewaltsame Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Staatsmacht so einfach sei, den beruhigt War mit dem Hinweis, daß die Straße — also doch wieder Mystik — daneben ein Kampffeld für »gewisse militärische Aktionen« bleibe.

Da wir der Meinung sind, daß bei der Diskussion über ein so tragweites Thema wie das der Gewalt alle Halbbheiten von gefährlicher Irreführung sein können, so wollen wir an Wars Stelle den Schleier lüften. Seine »Aktion vom Produktionsprozeß her« kann nichts anderes sein als die Besetzung der Betriebe, die schon einmal wegen der Isoliertheit des Vorgehens zu einer Katastrophe des Proletariats geführt hat.

Wir meinen die berühmte Aktion der italienischen Arbeiter im September 1920, als 500.000 Metallarbeiter die Betriebe besetzten und die Staatsmacht viel zu ohnmächtig war, um einen militärischen Gegenstoß zu führen. Das war jene Zeit, wo die revolutionäre Welle durch alle Länder ging und die Macht in Italien und anderswo tatsächlich auf der Straße lag. Da gab es keine schwarze oder braune Miliz, keine Gestapo, keine faschistischen Gewerkschaften, keine totale Diktatur. Und doch ist diese gewiß große Aktion nach drei Wochen zusammengebrochen. Warum? Man lese, was Silone darüber sagt. Weil man vor der Hauptaktion zurückscheute, um die Staatsmacht zu kämpfen, auf der Straße, in den Kasernen, in den Waffenfabriken. Was hinterher kam, war der Faschismus.

Ist dies die Konzeption Wars, dann ist es der Rückfall in die schlimmsten Fehler der syndikalistischen KAP. seligen Angedenkens, ist es die mystische Hoffnung auf spontan entstehende Räte, die ohne den Rückhalt einer großen revolutionären Partei die Produktion organisieren und leiten, und von denen einer genügt, um im letzten Konfliktsfall, wenn die braune Garde anrückt, ganze Provinzen von Strom, Licht und Gas abzuschalten. Aber da wir der Meinung sind, daß auch die Besetzung der Betriebe unter Umständen ein revolutionärer Faktor sein kann, wenn auch nicht der entscheidende, so sollte eine revolutionäre Partei, die die Eroberung der Macht mit allen Mitteln will, auch diesen Weg ernsthaft untersuchen. Jedoch darüber müssen wir uns absolut klar sein, daß eine Betriebsbesetzung ohne den sofortigen Kampf um die ganze Macht eine blutige Farce mit tausenden Einzlerschießungen sein wird.

Und nun noch eine persönliche Richtigstellung. Ich hatte in dem Artikel »Lehren der Niederlage« behauptet, daß nicht einmal das »Nützlichkeitsprinzip« die deutsche Kapitulation rechtfertige, sowohl was die Opfer wie auch das politische Resultat anlangt. Weder in Oesterreich noch in Spanien sind soviel Menschen gefallen, gefoltert, hingerecht und zu lebensunfähigen Wracks gemacht worden wie in Deutschland. Und in diesem Zusammenhang sagte ich, daß der bewaffnete Widerstand gegen die SA die Mobilisierung der Reichswehr an der Seite der SA nach sich gezogen hätte. Das objektive Ergebnis unseres Kampfes wäre also wahrscheinlich die Militärdiktatur gewesen, die aber im Volke längst nicht die politische und psychologische Massenbasis gefunden hätte wie die Hitlerdiktatur, die das »Wunder« fertiggebracht hatte, den Riesen Marxismus ohne Schwertstreich in die Flucht zu schlagen. Daß allein unsere Kampfhandlungen gegen die braune Armee uns in den Kampf gegen die Armee der Generale geführt und uns in schärfstem Gegensatz zur Militärdiktatur gebracht hätte, versteht sich doch am Rande. Wenn Schiff daraus ein Bekenntnis zur »Politik des kleineren Übels« macht, so vergißt er dabei nur, daß die Politik des kleineren Übels immer dem Kampf ausgewichen ist und, da der Gegner das genau

wußte, regelmäßig zur Politik des größeren Übels wurde. Und es wirkt nicht ernsthafter, wenn War aus meiner Feststellung, daß die Reichswehr an der Seite der SA gefochten hätte, nun mich für ein »Bündnis mit der Armee« reklamiert, das nichts anderes als die Unterwerfung unter die Militärdiktatur gewesen wäre.

Ich kann politische Lebensfragen auch nicht mit einem Witz aus dem Anekdotensack des Königs August von Sachsen beantworten. Aber wenn man sich schon in die Gesellschaft eines königlichen Clowns begibt, dann müßte man auch wissen, daß das geflügelte Wort von den merkwürdigen Republikanern sich richtete gegen jene unverbesserlichen Bürger, die selbst noch in Unterhosen vor Zeptern, Krummstäben und Epauletten stillstanden und die heute noch die Träger dieser Museumsutensilien als die Bundesgenossen im Kampfe gegen den Faschismus betrachten.

Tragödie einer Mutter

Im Gefängnis erhängt

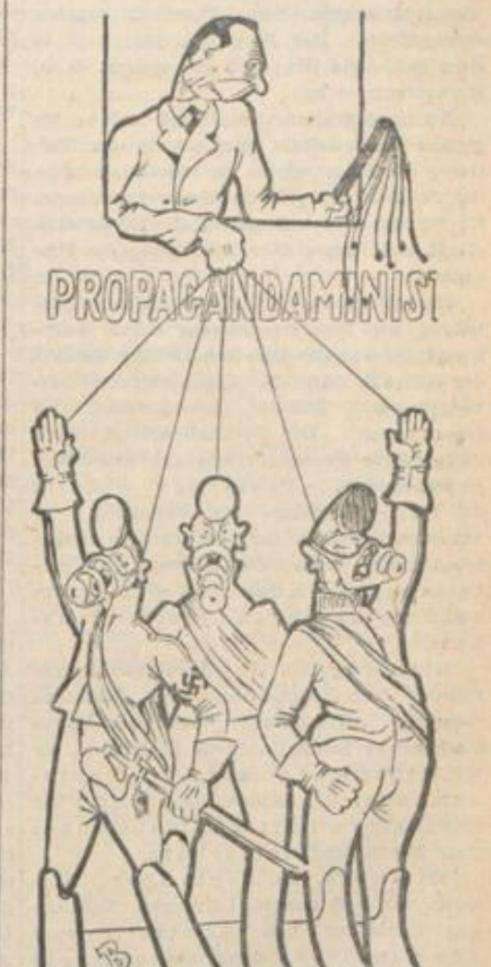
Anfang November brachte die Zwickauer Lokalpresse in einer Zelle des Polizeiberichtes die Nachricht, daß sich »eine Frau von außerhalb« im Zwickauer Polizeigefängnis entleibt habe. Der trockenen Notiz liegt folgender Tatbestand zugrunde:

»Die Frau von außerhalb«, die in dem Polizeigefängnis von Zwickau ihr Leben endete, war die Gattin des ehemaligen Reichsbannersekretärs des Bezirkes Zwickau-Planen, Kurt Weck. Vor anderthalb Jahren war Kurt Weck genötigt, sein Leben durch die Flucht zu retten, er ging ins Exil. Seine Frau, Helene Weck, folgte ihm und ertrug mit ihm tapfer das harte Schicksal. Eines aber verward sie nicht, die Sehnsucht nach dem einzigen Kinde, dem jungen Sohn, der drüben im Konzentrationslager saß.

Eines Tages wurde der junge Weck entlassen. Nun hieß es die Frau nicht mehr, sie mußte ihr Kind sehen, koste es, was es wolle. Allen Warnungen guter Freunde zum Trotz überschritt sie am 21. Oktober die Grenze. Am 22. Oktober war sie bereits verhaftet. Am 31. Oktober hat sie sich im Polizeigefängnis in Zwickau erhängt.

Das ist der Tatbestand, der dem kurzen Polizeibericht zugrunde liegt. Warum die Frau, die nach Deutschland gegangen war, ihr Kind und nicht den Tod zu suchen, im Gefängnis Selbstmord begangen hat, bleibt bis auf weiteres eines von den unzähligen grauenvollen Geheimnissen des Dritten Reiches.

Das Kölner Sondergericht verurteilte den Schlosser Paul Kellner, der sich »in der übelsten Weise über das Arbeitsbeschaffungsprogramm lustig gemacht« habe, zu anderthalb Jahren Gefängnis.



»Der Gott, der Eisen wachsen ließ, Der wollte keine Knechte!«

Von Schnorrern und Hamsterern

Streifzüge durch die deutsche Wirtschaft

Den ostelbischen Junkern, die mit Papen Hitler an die Macht schoben, hat der Retter seinen Dank abstaten müssen. Außer dem Riesengeschenk an das Haus Hindenburg, hat Hitler aus den Taschen des deutschen Volkes sich großzügig bei seinen Helfern revanchiert. Selbst die dickgepolsterten Türen des Reichsfinanzministeriums, hinter deren heute Lug und Trug fabriziert wird, haben nicht vermocht, die Wahrheit über die Osthilfe zurückzuhalten. Es gibt schließlich immer noch irgend jemand, der aus der Schule plaudert. So erfährt man jetzt über den gegenwärtigen Stand der Osthilfe folgendes: Es sind bisher in 36.000 Fällen auf sieben Millionen Morgen Land etwas mehr als 450 Millionen Reichsmark in Form von Hypotheken ausgegeben worden. Wenn die noch schwebenden 12.000 Verfahren durchgeführt sind, werden noch weitere 160 Millionen als Entschuldungsdarlehen ausgezahlt sein. Zur „Stützung besonders bedürftiger Betriebe“, so wie für Betriebsverbesserung wurden 100 Millionen eingesetzt. Den ländlichen Genossenschaften hat man faule Forderungen gegen Osthilfebetriebe großzügig mit 170 Millionen Mark abgekauft. Selbstverständlich, daß man auch in puncto Erntedarlehen nicht kleinlich war, die dreißig Millionen Mark, die man dafür ausgab, ohne sie je wiederzusehen, spielen doch bei dem heutigen Reichtum des deutschen Volkes keine Rolle. Außerdem gab es einige notleidende Agrarier, denen man den Viehbestand ergänzen, baufällige Gebäude renovieren und unmoderne Maschinen modernisieren mußte. Wie sparsam man dabei verfuhr, geht daraus hervor, daß man dafür „nur“ 100 Millionen Mark ausgegeben hat.

Alles in allem hat das ungetrübte Osthilfe-Vergnügen dem deutschen Volke bisher über eine Milliarde Mark gekostet! Dafür haben der deutsche Steuerzahler und der deutsche Prolet wenigstens die Gewißheit, daß die ostelbischen Feudalherren und Gönner Adolf des Führers ein Leben herrlich und in Freuden führen und — nach den Feststellungen des damaligen verruchten Reichstagsausschusses — aberhundert von Millionen versaufen, verjagen und verführen konnten! Und dabei ist diese Milliarde nur erst ein Teilbetrag von dem, was die dankbaren braunen Machthaber nicht nur in die eigenen, sondern auch in die Taschen der schwerindustriellen Teilhaber an der großen Schiebung, genannt Deutschlands Erwachen, haben fließen lassen!

So wird heutzutage der Export gefördert: Die chinesische Regierung schrieb eine Liefe-

rung von 33 Lokomotiven aus. Um diese Lieferung bewarben sich Deutschland, Belgien und die Tschechoslowakei. Der normale Preis für eine Lokomotive beträgt heute in Deutschland 75.000 Mark. Als aber Orenstein & Koppel — die sich um die Lieferung bewarben — hörten, daß die belgische und tschechoslowakische Offerte sich im Preise niedriger stellen, wurde das deutsche Angebot sofort auf 48.000 Mark erniedrigt. Aber die Belgier waren immer noch billiger und schließlich, siehe da, bot Orenstein & Koppel die Lokomotive zu 26.000 Mark das Stück an! Wie war das möglich? Nun, sehr einfach: Man hatte sich vom Reich einen Zuschuß von 31.000 Mark gesichert! So sieht deutsche „Ausfuhr“ heute aus, der Staat zahlt alles aus den Pfennigen der Steuerzahler, wenn nur dadurch sich der Glanz des Dritten Reiches mehrt!

In den letzten Wochen ist die nationalsozialistische Presse angefüllt mit Mahnungen und Drohungen gegen die „Hamsterer“ und Händler, die als Feinde des Vaterlandes erklärt werden. Das Propagandaministerium hat Presse und Rundfunk mobil gemacht, um einen Feldzug gegen die neuen Vaterlandsfeinde zu organisieren. Nationalsozialistische Würdenträger, wie beispielsweise der bayrische Wirtschaftsminister Esser, halten Reden gegen die Hamster, die sie als „Egoisten“, „Miesmacher“, „Dolchstoßler“, „Kreaturen“, „Rindviecher“ usw. beschimpfen. Und drohend wird erklärt, daß man gegen die Hamsterbewegung und ihre Hintermänner energische Maßnahmen ergreifen würde.

Es ist eigentlich nicht einzusehen, weshalb die herrschenden Kreise so aufgeregt sind. Das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro hat am 20. Oktober durch Presse und Rundfunk die Mitteilung verbreiten lassen, daß „auch nicht die kleinsten Befürchtungen einer Warenverknappung zu begen seien. Weshalb also die Drohung mit amtlichem Einschreiten? Man sollte sich doch freuen, wenn durch gesteigerten Umsatz die Produktion angeregt und dadurch Arbeit beschafft wird! Und man sollte den Geschäftleuten, die seit Monaten über den Stillstand des Geschäfts geklagt haben, die Möglichkeit gönnen, durch gesteigerte Verkäufe ihren Absatz zu heben!

In Wirklichkeit liegen die Dinge keineswegs so rosig, wie die amtlichen Stellen es zu schildern belieben. Die Angstkäufe und die „Flucht in die Sachwerte“ sind Anzeichen einer schweren Störung des Wirtschaftslebens, die sich mit jedem Tag

verschärft. Wenn der „Völkische Beobachter“ erklärt, die Angstkäufe seien „ein Zeichen für die politische und wirtschaftliche Unreife der Käufer“, so ist das keineswegs immer der Fall. Es sind oft gerade die Reifen und Umsichtigen, die zuerst dahinter kommen, daß irgend etwas in der Wirtschaftsmaschinerie nicht stimmt! Das trifft insbesondere auf das von Gangstern und Dilettanten ruinierte Hitler-Deutschland zu. Trotz aller Lügen und Beschönigungen der gleichgeschalteten Presse, spüren es immer weitere Kreise des Volkes, daß die Wirtschaft dem Abgrund zuflutet. Wenn die Mark keine Golddeckung hat, die Rohstoffnot sich immer deutlicher bemerkbar macht und die Teuerung mit jedem Tage zunimmt, so ist es kein Wunder, daß das Publikum von der panischen Angst vor drohender Warenverknappung ergriffen wird und die letzten Spargroschen dazu verwendet, um sich mit den nötigsten Bedarfsartikeln einzudecken!

An den Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler knüpfen sich als Reichskommissar für Preisüberwachung viele Hoffnungen. Er soll die Preise im Einzelhandel und im Großhandel, die eben erst hinaufgetriebenen Preise für die Agrarprodukte, und schließlich auch die Kartellpreise herunterdrücken. Aber nicht nur das. Auch von den nationalsozialistischen Schnorrern soll er die Wirtschaft befreien. Im „Deutschen Volkswirt“ vom 16. November ist zu lesen:

„Ein anderer Grundsatz, der überall Befall finden wird, will von der Wirtschaft alle volkswirtschaftlich entbehrlichen Belastungen fern halten. Es hat sich leider in der Wirtschaft und für die Wirtschaft eine gewisse Ueberorganisation eingeschlichen, die, ganz abgesehen von der arbeitsmäßigen Belastung, auch einen manchmal überraschenden finanziellen Aufwand erfordert. Das gilt für alle Zweige der Volkswirtschaft und ist auch schon auf wichtigen Gebieten Gegenstand interner Untersuchungen gewesen. Die Uebelstände erwachsen hier aus der Addition. Man frage nur, zu wie viel öffentlichen, parteiamtlichen, privaten Verbänden und Organisationen so mancher Unternehmer Beiträge abzulefern hat.“

Die Zeit, in der das Unternehmertum freiwillig und gern für die faschistischen Organisationen bezahlte, scheint vorüber zu sein. Jetzt hofft es, daß Goerdeler sie von lästig gewordenen Schnorrern erlöst.

Sprungtuch aufgefangen. Die Teno (Technische Nothilfe) hat zum Schluß dann demonstriert, wie man die beschädigten Gebäude durch Balken von dem Zusammensturz stützt. Kurz und gut, es ging alles wunderbar programmäßig und der Bürger konnte zufrieden sein, als er sah, wie das bei einem feindlichen Fliegerangriff im nächsten Kriege zugehen wird.

Wie die Presse jeden Tag dazu Propaganda machte zeigt beiliegender Ausschnitt aus der „Bayrischen Ostwacht“ Nr. 221 vom 22. September 1934.

Rohstoffjagd.

In der „Bayrischen Ostwacht“ vom 24. September in der über den „Höhepunkt der Feuerschutzwoche in Weiden“ berichtet wird, kann man folgende Notiz lesen:

„Keine Lumpen vernichten. Weg mit dem Gerümpel auf dem Boden, hieß die Parole, die der Deutsche Luftschutzverband herausgegeben hatte. Auch jetzt in der Feuerschutzwoche wird die Allgemeinheit auf die Gefährlichkeit alten Bodengerümpels aufmerksam gemacht und gebeten, solche Gefahrenquellen zu beseitigen. Angesichts der Rohstofflage muß jedoch vor einer direkten Vernichtung des im Haushalt übrig gebliebenen Mülls gewarnt werden. So unnützlich und gefährlich alle diese Dinge am Speicher oder Dachboden sind, so nutzbar können sie an richtig eingesetzter Stelle sein. Es hat daher der Reichswirtschaftsminister die Anregung gegeben, mit allem Nachdruck darauf zu halten, daß die in den Haushalten vorhandenen wollenen und baumwollenen Lumpen nicht etwa verbrannt oder als Müll beseitigt, sondern gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt werden, da sie den Rohstoff für die Herstellung von Kunstwolle und Baumwolle bilden.“

Alles, was hier geschieht, ist auf den Krieg ausgerichtet. Feuerschutz sagen sie, und Einübung auf den Luftkrieg meinen sie. Daneben sammeln sie noch Rohstoffe für den „Ersatz“, so wie sie im Kriege die Türklingsen und die Ofentüren geholt haben!

Deutsche Sparsamkeit

Und Heldenkeller im Führerhaus

Auf einer Kundgebung der „Deutschen Arbeitsfront“ im Sportpalast sagte Staatskommissar Hinkel:

„Wenn besonders kluge Geister mit dem Nationalsozialismus als solichem zufrieden wären, aber erklärten, daß man z. B. mit der Devisen- und Rohstofffrage nicht fertig würde, so sei ihnen nur entgegengehalten: wir haben im Kampf gelernt, ohne Geld und ohne Propagandamittel unseren Kampf zu führen. Wenn jeder einzelne versuche, dem Vorbild des Führers auch nur ähnlich zu werden, dann werde man sich, wenn es die Welt so wolle, im nationalsozialistischen Deutschland eben nur

Jedes dritte Jahr einen neuen Anzug leisten.“

Dieses Zitat entstammt einem Bericht des „Berliner Tageblatts“. Das gleiche „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus München melden:

„Seit dem vorigen Jahr sind die Häuser und Gärten, die sich längs der Ostseite der Arclistraße hinzogen, verschwunden. Eine gewaltige Baulücke ist entstanden; in ihr sollen nun

die beiden Kolossalbauten der NSDAP,

der Führerbau und der Verwaltungsbau entstehen. Beim Führerbau sieht man im Kellergeschoß heute bereits die Räume für die Küche und das Kasino für 600 Personen, beide von Tageslicht erhellt, fertiggestellt. In beiden Bauten sind selbstverständlich

die Luftschutzkeller mit besonderer Umsicht konstruiert,

sie haben fünffach gegossene Betondecken von 2,5 Meter Dicke. Unterirdische, wegen des Grundwassers stark ummauerte Tunnel werden vom Führerhaus 9,5 Meter tief in der Erde zum Verwaltungsbau und zum östlich benachbarten Braunen Haus führen. Eine Fernheizzentrale, die sämtliche im Gebiet des Braunen Hauses liegenden Parteigebäude versorgen soll, wird in der Karlstraße gebaut werden; ihr werden hier demnächst noch einige Häuser Platz zu machen haben.

Am weitesten baulich fortgeschritten ist das Führerhaus, dessen Fassade, aus unterfränkischem Muschelkalk, stellenweise schon steht. Auch der Kongressaal, der 700 Personen fassen soll, deutet seine amphitheatralische Anlage heute schon an. Ebenso sieht man in einem der großen Treppenhäuser bereits die erste der tragenden Rundstützen aus goldgelbem Juramarmor. Die Gesamtfront der beiden, 105 Meter voneinander entfernten Kolossalbauten mißt rund 250 Meter; ihre Höhe vom Boden bis zur Dachkante wird 19,5 Meter betragen, der umbaute Raum jedes Hauses 92.000 Kubikmeter. Bis jetzt wurden für beide Bauten verbraucht: 1.320.000 Kilogramm Rundisen, 600.000 Stück Klinkersteine, 630.000 Ziegelsteine, 4350 Tonnen Zement, 27.000 Kubikmeter Eisenbeton. Der Erd-aushub betrug 62.000 Kubikmeter.

Und bis jetzt sind noch nicht einmal die Kellergeschosse fertig! Des Volkes Not baut den Führer Häuser.

Volkzorn-Psychose

Die kleinen Leute fürchten sich.

In der nationalsozialistischen Partei- und Regierungszeitung „Frankfurter Volksblatt“ findet sich folgender Vermerk:

Die „Krämserseelen“. Unser Mitarbeiter Cerberus hat in seiner Glosse am vorigen Sonntag den Wunsch ausgesprochen, daß man krummen „Krämserseelen“, die das Volk bewuchern, täglich den Buckel gründlich vollzählen soll. Obwohl das Wort Krämer in diesem Zusammenhang nicht mißzuverstehen ist, stellen wir auf Wunsch doch fest, daß hier keine Verallgemeinerung vorliegt und daß die wuchernde „Krämserseele“ nichts zu tun hat mit kleinen Geschäftsleuten, die sich in Handel und Wandel ihrer Pflichten gegenüber ihrem Volke bewußt sind.

Die kleinen Geschäftsleute, die bei dem Hakenkreuzblatt Beschwerde führen, sind mit Recht mißtrauisch geworden. An die Krämerseelen, die das Reich regieren, rührt ja doch keiner — aber auf kleine Bäcker, Fleischer, Händler und Kramladenbesitzer wird, nun die Pleite nicht mehr zu verbergen ist, der sogenannte Volkzorn losgelassen. Darf man sich darüber wundern, daß sie jede Beschimpfung und Bedrohung umgehend auf sich beziehen?

Beulenpest

Wir lesen im „Montag“, Berlin:

Bald wird unsere Textilindustrie durch die Erfindung und Vervollkommnung der Bistrafaser imstande sein, wenn es notwendig würde, einen wesentlichen Teil unseres Textil-Rohstoffbedarfs zu decken. Sollte wirklich der neue, der deutsche Stoff noch diese und jene Unvollkommenheit zeigen, etwa in der Nässe noch nicht so formbeständig sein, nun so werden wir ihn einmal öfter aufbügeln und im schlimmsten Fall auch einmal mit ausgebeulten Knien und ohne Bügelfalte gehen.

Besonders feierlich wirken ausgebeulte Knie bei Paraden und Aufmärschen. In den Turnvereinen wird von nun an kommandiert: „Knie — beult!“

Feuerschutz als Kriegsübung

Man schreibt uns aus Bayern:

Die neueste Kriegsübung heißt „Feuerschutzwoche“. In allen Orten, auch in den kleinsten, wurden diese Feuerschutzwochen durchgeführt. Das Programm sah z. B. in einer Stadt wie Weiden mit einigen 20.000 Einwohnern so aus:

Sonntag den 16. September im großen Rathaussaale Besprechung der Vertreter der Feuerwehren, der Sanitätskolonne, der Schulen und aller in Frage kommenden NS-Formationen einschließlich NS-Arbeitsdienst und Presse über Festlegung des Programms.

Montag, den 17. September: Einleitung der Feuerschutzwoche durch Verkauf der von der Obersten Leitung der PO, der NSDAP. (Amt für Volkswohlfahrt) herausgegebenen Schrift „Brandschaden ist Landschaftsruin“. Der Vertrieb erfolgt durch uniformierte Feuerwehrleute in sämtlichen Haushaltungen. Preis pro Schrift 20 Pfg. Anschlag und Verteilung der Feuerschutzmerkblätter usw. für die Feuerschutzwoche durch die Feuerwehr. Verteilung und Anschlag der Luftschutzplakate in jedem Haushalt.

Dienstag, 18. September: Durchführung von Feueralarmen in sämtlichen Schulen. Anschließend vorschriftsmäßiges Räumen der Schulsäle durch die Klassen unter Mitwirkung der Luftschutzobmänner der Schulen und Vortrag der einschlägigen Luftschutzobmänner über Feuer- und Luftschutz.

Mittwoch, 19. September: Kontrolle von elektrischen Leitungen, Sicherungen, Kontakten usw. Kontrolle von 150 Hausböden durch Beauftragte des Reichsluftschutzbundes.

Donnerstag, 20. September: Kontrolle von Gasleitungen auf Dichtigkeit. Kon-

trolle von Benzin- und Oelagern (Petroleumlagern eingeschlossen) sowie der richtigen Aufbewahrung von Explosivstoffen durch die Feuerpolizei.

Freitag, 21. September: Kontrolle der Feuerstätten und Schornsteine durch die Feuerbeschau auf Feuersicherheit. Durchführung von Luftschutzalarmen in einzelnen Häusern durch die Untergruppenführer des Reichsluftschutzbundes.

Samstag, 22. September: Kontrolle der Feuerlösch-Einrichtungen. Ab nachmittags 3 Uhr Aufstellung der Feuer-Lösch- und Luftschutzgeräte am unteren Markt. Propagandamarsch des Luftschutzlehrtrupps mit anschließendem Konzert am unteren Markt durch die Arbeitsdienstkappelle.

Sonntag, 23. September: Vormittags große Feuerwehr-, Luftschutz- und Sanitätschutzschau-Übung. Ankündigung durch Sirenen und Motor-S.A. Nachmittags Propagandamarsch der Feuerwehr, Sanitätskolonne, und der Lehrtrupps des Reichsluftschutzbundes durch die Stadt. Anschließend bei günstiger Witterung Konzert.

Kriegsspiel in Nürnberg.

In Nürnberg war der Abschluß der Feuerschutzwoche am Hauptmarkt (jetzt Adolf-Hitlerplatz genannt). Ein Bombenflieger setzte (natürlich nur als Attrappe) zwei Anwesen auf dem Hauptmarkt in Brand. Dazu wurden diese Gebäude mit vier Bomben belegt. Und nun ging alles programmäßig vor sich. Feuerwehr, Luftschutz und Teno arbeiteten Hand in Hand. Ein Passant mußte den Feuermelder einschlagen und die Feuerwehr alarmieren, die innerhalb weniger Minuten mit zwei Löschzügen auffuhr. Aus dem dritten und vierten Stockwerk des Eisenbachschen Hauses wurden die Bewohner mittels Rettungssäcken herabgefördert, andere mittels Fangleine und eine Person wurde durch das

Das Dritte Reich schweigt

Wer zwingt es zu sprechen?

Seit zwanzig Monaten rast durch das Herz Europas der Schrecken. Seit zwanzig Monaten werden in einem europäischen Kulturland alle Juden und Christen verfolgt, deren Gedanken und politische Meinungen vom Programm der Partei Adolf Hitlers abweichen. Als die ersten Berichte über das Dritte Reich die Welt in Erregung versetzten, sprach der Reichspropagandaminister Göbbels von »Greuelnachrichten«. Das Wort hat eine Fachbezeichnung für lügenhafte, antideutsche Tendenznachrichten geschaffen, und gute Dienste getan.

Aber die Welt hat seit dem Frühling 1933 zu Furchtbarem erlebt. Die blutige Flut, die sich vom Reichstagsbrand bis zum 30. Juni wälzte, hat das listenreiche Göbbels-Wort um seinen Sinn gebracht. Dieses Wort »Greuelnachricht« hat den ironischen Sinn verloren, es bezeichnet heute wirklich eine Nachricht über deutsche Greuel.

Mit dem sicheren Tastgefühl des erfolgreichen Reklamefachmanns, hat man in dem Augenblick die Taktik geändert, als sich der Sinn der Göbbelsbezeichnung änderte. Das Dritte Reich antwortet nicht mehr auf Greuelnachrichten. Das Dritte Reich begann zu schweigen. Es spekulierte: wenn das amtliche Deutschland zu allem, was ihm vorgeworfen wird, schweigt, dann wird es eher gelingen, das Gewissen der Welt taub zu machen.

Den furchtbarsten Nachrichten aus dem Dritten Reich setzt man jetzt also sein Schweigen entgegen. Was immer man Deutschland vorwirft, Deutschland schweigt! Diese Methode zeigt sich erfolgreich, man gewöhnt sich an die deutschen Greuel, an das täglich vergossene Blut, an die deutsche Schande.

Man glaube nicht, daß wir übertreiben. Zwei Beispiele von vielen beweisen unsere Behauptung. Der Spezialkorrespondent des »Manchester Guardian«, einer der am besten über Deutschland unterrichteten Journalisten, hat in seinem Blatt, das zu den angesehensten der Weltpresse gehört, nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß Hitler in seiner Reichstagsrede über den 30. Juni die Zahl der Ermordeten unrichtig angegeben habe. Der Korrespondent des »Manchester Guardian« meldet ganz konkret, daß die höchsten deutschen Beamten eine Liste der am 30. Juni Hingerichteten besitzen, die sie geheimhalten und die die Zahl der Toten mit 282 angibt. »In dieser Zahl sind die unoffiziellen Hinrichtungen der Politiker und Braunhemdführer, gegen die nach General Görings Worten die ursprüngliche Aktion erweitert wurde, nicht enthalten. Objektive Beobachter, sagt der Korrespondent, »schätzen die Zahl der Getöteten auf ungefähr 1000«, also genau soviel wie in der großen französischen Revolution unter der Guillotine ihr Leben ließen. Der Korrespondent fügt seinem Bericht noch erschütternde Einzelheiten über die Erschießung von vierzehn Gefangenen im Konzentrationslager Lichtenburg hinzu.

Diesen konkreten Mitteilungen setzt die Reichsregierung kein Wort der Berichtigung, keinen Versuch der Ablehnung entgegen. Mag das Ausland glauben, was es will, das Dritte Reich schweigt! Das Dritte Reich denkt, mehr als einmal wird man die Wahrheit nicht mitteilen, nur keine Polemik, die die Möglichkeit gibt, die Wahrheit zu wiederholen!

Ein zweiter Fall, der die geänderte Taktik beweist. In Karlsbad ist im September dieses Jahres bei der »Verlagsanstalt Graphia« eine Sammlung von Berichten aus deutschen Konzentrationslagern erschienen. Was diese Sammlung mitzuteilen weiß, ist geeignet, alle bisherigen Berichte aus dem Dritten Reich in den Schatten zu stellen. Das Buch ist eine gewissenhafte Zusammenstellung konkreter Anklagen. Zu jeder Tatsache werden Daten und Einzelheiten angegeben. Die Namen der Lagerkommandanten, alle SA- und SS-Leute, die für die furchtbaren Grausamkeiten verantwortlich sind und ihrer Opfer — mehr als 850 Namen — werden angeführt. Lei-

chenschändung, Amtsmißhandlung, Sexualvergehen, schwere Körperverletzung, Mord: das sind die Verbrechen, deren man diese Vertreter der deutschen Reichsgewalt mit allen zur Untersuchung notwendigen Angaben beschuldigt.

Kein Verantwortlicher im Dritten Reich kann behaupten, daß er von diesen in dem Buch »Konzentrationslager« erhobenen Beschuldigungen nichts weiß. Die »Verlagsanstalt Graphia« hat sofort nach Erscheinen den Verantwortlichen: Adolf Hitler, Josef Göbbels, dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke, dem Oberreichsanwalt Dr. Werner, dem Reichsjustizminister Gürtner, dem Reichsbischof Dr. Müller, dem deutschen Gesandten in Prag, Dr. Adolf Koch, und anderen das Buch durch die Post »eingeschrieben gegen Rückschein« übermittelt und die Empfangsbescheinigungen dafür erhalten.

Obwohl dadurch alle in die Lage versetzt wurden, alle Angaben nachzuprüfen, hat das Dritte Reich bisher weder Untersuchungsverfahren eröffnet, noch ein Wort verlauten lassen, um die erhobenen Anklagen zu entkräften.

Dieses Schweigen ist der letzte Trick des braunen Reichs. Durch ihn hofft es, die Aufmerksamkeit der Kulturwelt von den Verbrechen abzulenken. Das Manöver darf keinen Erfolg haben, wenn es in dieser Welt überhaupt noch eine menschliche Solidarität und Gemeinschaft gibt.

Im Fall Dreyfuß schrieb Emile Zola 1899: »Solange ein Unschuldiger im Kerker schmachtet, haben wir kein Anrecht, unter den Völkern mitzuzählen. Erst wenn dem Unschuldigen sein Recht geschehen ist, wird Frankreich wieder das Land der Rechtlichkeit und des menschlichen Empfindens sein.«

1934: aber sind die Kerker der Konzentrationslager des Deutschen Reiches zum Bersten angefüllt mit Unschuldigen — und die Welt hat begonnen, sich an diesen Zustand zu gewöhnen.

Die Welt darf es nicht zulassen, daß der Hilfeschrei der gefolterten Menschen

aus dem Dritten Reich im braunen Schweigen erstickt wird. Das wache Gewissen der Kulturwelt muß diesen Schrei vernehmen und ihn hundertfältig wiedergeben, daß er laut genug werde, um die tauben Ohren der deutschen Verantwortlichen hörend zu machen.

Schlimmer als Aussatz

Staatenlosigkeit ist tödlich

In der vergangenen Woche geschah es. Auf dem Turul-Vogel, am höchsten Punkt der Franz-Josef-Brücke zu Budapest tauchte am Abend ein Mann auf, riß sich die Kleider vom Leibe und schickte sich an, von hoch da oben in die Donau zu springen.

Menschen sammelten sich auf der Brücke, schrien zu ihm hinauf, beschworen ihn, versprachen ihm — ja, was versprachen sie? Ein Schloß? Goldene Berge? Ein Luxusleben? Nein, sie versprachen ihm Nahrung und Arbeit, denn sie kannten sich aus in dieser Welt des Ueberflusses.

Der Mann weinte — weinte und sprang ab. Mit verstümmeltem Kopf wurde er »geborgen« und ins Spital geschafft.

Man hatte ihm Nahrung und Arbeit versprochen — warum wollte er nicht leben bleiben? Er war nicht nur hungrig, nicht nur arbeitslos — das war er auch —, noch Schlimmeres hielt ihn gepackt: er war staatenlos. Mit sechs Wochen wurde Ladislav Svordak — er ist heute 31 Jahre alt — aus seinem Geburtsort Munkácsvo in Karpathorußland nach Ungarn gebracht. Später optierte er nicht rechtzeitig, weil die Papiere fehlten, und wurde von unheilbarer Staatenlosigkeit befallen. Heut liegt er krank, elend, entstellt für den Rest seines Lebens im Spital eines Landes, das er jahrelang um Heimatrecht anflehte.

Vor Monaten saß ein anderer Staatenloser 24 Stunden lang bei Teschen auf einer Grenzbrücke zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Mitleidige — aus beiden Ländern — versorgten ihn mit Speise und gutem Rat, nur mit einem konnten sie ihn nicht versorgen: mit einem gültigen Paß. Endlich fand er Unterkunft — im Gefängnis.

Die beiden Fälle sind nicht einzig. Ähnliches ereignet sich auf Erden, kraß oder weniger kraß, allmonatlich, alltäglich, allstündlich. Denn mitten unter den aufgeklärten Staatsbürgern des 20. Jahrhunderts wandeln Gespenster umher, die es eigentlich gar nicht geben sollte, schleichen Wesen herum, die nicht registriert und deshalb im juristischen Sinne nicht existent sind: die Staatenlosen. Jeder gut bürgerlich — das heißt als guter Bürger — Verstorbene ist lebendiger als sie, denn er ist mit all seinen Daten in den Büchern vermerkt, die die Welt bedeuten, und kommt sogar nach seinem Ableben noch in mehreren statistischen Berechnungen zur Geltung. Die Existenz eines Staatenlosen aber wird schlichthin geleugnet.

Im Falle des Budapester Selbstmörders — und in vielen tausend anderen Fällen — sah das so aus: er versuchte Arbeit zu finden. Fand sie in Ungarn, wurde entdeckt und über die Grenze abgeschoben. Fand sie in der Tschechoslowakei, wurde entdeckt und über die Grenze abgeschoben. Fand sie in Ungarn — — — und so weiter, drei Jahre lang. Seine Frau verließ ihn. Wer wäre gern mit einem verheiratet, der nicht existiert? Manchmal geschah es, daß er über die Grenze befördert — und im Nachbarstaat »wegen unbefugten Grenzübertritts« sofort ins Gefängnis gesperrt wurde. Er wurde also — von Amts wegen — für eine Handlung bestraft, zu der er — von Amts wegen — gezwungen worden war. Ein Staat ließ ihn das Unrecht entgelten, das ein anderer Staat an ihm begangen hatte. Denn ein Staatenloser ist kein Mensch, er ist eine Lücke in der Gesetzgebung.

»Willen, du rührst an die Weltordnung!« ruft in Zuckmayers »Hauptmann von Köpenick« der Schwager dem Schuster Voltz zu. Ein Staatenloser rührt schon durch sein bloßes Vorhandensein an die Weltordnung.

Wer ein Verbrechen begangen hat, womöglich ein schweres Verbrechen, ist immerhin eine Kostbarkeit. Als der Eisenbahnattentäter Matuschka zur Verhandlung nach Ungarn überführt wurde, mußte der ungarische Staat sich verpflichten, ihn nicht hinrichten zu lassen — damit auch in Oesterreich gegen ihn verhandelt werden könne. Welcher Staat sorgt sich darum, ob ein Staatenloser — noch dazu einer, der keine Vorstrafen aufzuweisen hat — am Leben bleibt oder nicht? Verbrecher kann — und möchte — nicht jeder werden ...

Aber jeder kann staatenlos werden. Kriege werden verloren, Länder wechseln den Besitzer. Verrückte kommen an die Macht, bürgern sich ein und erklären die Gesunden für ausgebürgert. Es stellt sich heraus, daß der Großvater, als er die Großmutter nahm, im urgroßmütterlichen Lande, wohin er überseelte, zu optieren vergaß — und das Unglück ist geschehen.

Wehe dem Menschen ohne gültigen Paß! Er stirbt, ehe er sich zu sterben entschließt, ein paarmal, stirbt in jedem Lande, in dem er vorübergehend unterschlüpft. Er braucht eine »Aufenthaltsbewilligung«, eine Bewilligung zum Aufenthalt — wo? Auf der Erde! Denn wo auf der Erde darf er ohne Aufenthaltsbewilligung leben? Die Aufenthaltsbewilligungen aber werden immer spärlicher, von Arbeitsbewilligung gar nicht zu reden. Denn jeder Staat hat mit seinen eignen Angehörigen zu tun (mit ihnen zu tun, weil er nichts für sie zu tun hat).

Und so werden die Staatenlosen immer staatenloser. Und es werden ihrer mehr von Jahr zu Jahr. Die Länder, die noch ein wenig Asylrecht gewähren — ihr Name wird in die Geschichte der Menschlichkeit eingehen — werden seltener. Von Jahr zu Jahr.

Die Aussätzigen des Altertums bekamen Täler angewiesen, in denen sie hausen durften — Staatenlosigkeit ist der Aussatz unserer Tage. Wo aber sind die »Täler des Grauens«? Nicht einmal die gibt es mehr. Denn Staatenlosigkeit ist schlimmer als Aussatz und führt — wenn nichts geschieht — unweigerlich zum Tode.

Der Staatenlose darf, wo er lebt, nicht arbeiten, wo er arbeiten dürfte, nicht leben. Er darf keine Unterstützung erbitten, sonst wird er ausgewiesen. Er darf sich nicht ausweisen lassen, sonst wird er anderwärts nicht aufgenommen. Er darf nicht leben — und er kann nicht sterben, denn er, der Staatenlose, existiert in vielen tausend Exemplaren.

Wer hilft? Kara.

Aufgabe- und Empfangsbestätigungen für das Buch »Konzentrationslager! Adolf Hitler, Deine Opfer klagen an!«



1. Rückschein für die Sendung an Dr. Bumke, den Präsidenten des Reichsgerichts. — 2. Die Empfangsbestätigung des Oberreichsanwalts Dr. Werner. — 3. Aufgabebestätigung für die Sendung an Adolf Hitler. Der Eingang des Buches ist — erst nach mehrfacher Reklamation — am 18. Oktober bestätigt worden. — 4. Quittung für das Reichsjustizministerium und 5. für den Propagandaminister Dr. Göbbels.

Staatsfeind Nr. 1

Deutsche Gangsterregierung verbietet amerikanischen Gangsterfilm

In Deutschland ist die filmische Dramatisierung des Schicksals Al Capones, ein Drama »Staatsfeind Nr. 1«, von der Filmzensur verboten worden. »Der Film zeigt eine Häufung schwerer Verbrechen und die ganze Rohheit der Verbrecher, heißt es in der Entscheidung. Und weiter:

Der Filmzensor hat, die Arbeiterbevölkerung treffen wollen. Er tut ihr unrecht. Die organisierbare Masse, die von der Sozialdemokratie und von den Gewerkschaften unzerstörbare Bildungswerte empfangen hat, ist gegen Kriminalfilme dieser Art immun. Allerdings ist zuzugeben, daß sich an der Peripherie der Großstädte allerlei licht-scheues Gesindel herumzutreiben pflegt. Kerle dieser Art lehnen es ab, sich gewerkschaftlich zu organisieren, verschlingen Schundromane von Karl May und ähnlichen Autoren, fuchteln bei jeder Gelegenheit mit dem Revolver herum und enden, nachdem sie verschiedene kleinere Vorstrafen wegen Rohheitsdelikten erlitten haben, normalerweise im Zuchthaus. Geraten sie jedoch in ungewöhnliche Verhältnisse, dann vermögen sie durch Art und Zahl ihrer Verbrechen die ganze Welt ins Erstaunen zu setzen, und ihrer Wirklichkeit gegenüber verblaßt jeder Kriminalfilm.

Al Capone war nur ein kleiner Stümper. Und doch hat die Filmzensur recht, wenn sie den Film, der von ihm handelt, für staatsgefährlich hält. Schon sein Name allein könnte Millionen und aber Millionen schlagartig zu der Erkenntnis bringen, wer in Deutschland Staatsfeind Nr. 1 ist!

Schlammbad am Deutschen Eck

Ein Rheindyll aus dem Dritten Reich

Die christliche »Neue Saarpost« veröffentlicht einen Brief, den ein »alter Kämpfer« und ehemaliger preußischer Offizier einem Freund im Saargebiet geschrieben hat. Darin heißt es:

»In Koblenz, wo vierzehn Jahre kein Bonze und kein politischer Beamter stolperte und auch die schärfsten Untersuchungen nach dem 30. Januar 1933 nichts Dunkles ans Licht beförderten, weil sie es einfach nicht konnten, wurden in den eindrei- viertel Jahren Hitlerscher Alleinherrschaft folgende Fälle bekannt:

1. Bornkessel, alter SA-Führer, 1933 zur Kriminalpolizei kommandiert, beging dienstliche Unterschlagungen mit schwerer Urkundenfälschung, 13 Monate Gefängnis!
2. Bender, Führer der Landarbeiter, schwere Untreue, 13 Monate Zuchthaus.
3. Schmidt, Justizinspektor, im Zusammenhang mit Bender, 18 Monate Zuchthaus.
4. Pehl, Führer der Kriegsoffiziere, mußte entlassen werden, weil er mehrere Male wegen Eigentumsvergehen verurteilt war und mit belgischen Offizieren 1923 auf Duzfuß stand und mit ihnen auf deutschen Jagden jagte. Erst als die Spat-

Die »befreite« deutsche Nation hat den dichtmaschigsten Maulkorb um, den die Welt je gesehen hat! Was auch immer an Schändlichem, an Rohem und Unwürdigem passiert, das Volk hat zu schweigen und in erpreßter Loyalität an den Tyrannen vorbeizudeffilieren.

Was aber soll der arme geplagte Untertan nun machen? Er kann doch nicht immer mit zugekniffenen Lippen stumm dabei stehen, wenn die Bonzenskandale ins Riesenhafte wachsen, wenn der Umsatz sinkt, die Pleite immer dringlicher an die Türe klopft und die bombastischen Führerreden in Permanenz aus dem gemißhandelten Lautsprecher und ihm selbst kilometerlang zum Halse herauskommen!

Auf der Straße muß er Männchen markieren, wenn die randalierenden Bengels mit ihren behaktenkreuzten Lappen vorbeimarschieren, in der Zeitung serviert man ihm tagaus, tagein optimistischen Edelschmus, ihm summt der Kopf von »Blut, Boden, Rasseaufwucht und Aufbruchs-Sentenzen«, die ihn nicht zufrieden und glücklich machen.

Selbst im trauten Familienkreis, eingesponnen in die diskrete Heimlichkeit seiner vier Wände, wagt er nicht, den Mund aufzutun.

Wie gern möchte er sich seinen Aerger von der Seele schimpfen, aber dem Spießbürger schaudert vor den Konsequenzen, da sitzt der Junge, Mitglied der Hitlerjugend, darauf dressiert, die nicht ganz stubenreinen Eltern auf vorschriftsmäßige Gesinnung zu kontrollieren. Wer gibt ihm denn die Garantie dafür, daß der Bengel nicht morgen zum Trupp-Führer hinläuft und den Alten unter menschlicher Meckereien bezichtigt?!

Die Folgen wären: Konzentrationslager, öffentliche Anprangerung, geschäftlicher Ruin. So spricht der Unglückliche denn ein frommen Tischgebet auf dem »Führer«. Und der Junge grinst. Denn das deutsche Fami-

zen die Sache von den Dächern pfeifen, wurde endlich eingeschritten.

5. Jentsch, Führer der Arbeitsopfer, schwere Untreue. Seit drei Monaten in Untersuchungshaft. Mindestens ein Jahr Zeit wird herauskommen.

6. Stremmler, Führer der Bauarbeiter, schwere Untreue. Verfahren schwebt. War früher schon wegen Untreue verurteilt.

7. Niklowitz, Führer der NS-Hago, schwere Untreue, sitzt in Untersuchungshaft. Sicher auch Zuchthaus.

8. Hoffmann, Frau, hervorragend in Winterhilfe tätig gewesen. Unterschlagung. Untersuchungshaft.

9. Krämer, Standartenführer, wegen Unterschlagung in Untersuchungshaft.

10. Friedrich, Truppführer, Adjutant des Krämer, mitverhaftet.

Mit dieser Liste der Korruption aus einer einzigen Stadt, die noch keine hunderttausend

Einwohner zählt, kann also der alte Kämpfer, der hier seine bittere Enttäuschung sich abreagiert, auftrumpfen! Aber er weiß noch mehr. Der stellvertretende Gauleiter Beckmann und der Oberbürgermeister Christ sind bereits in Urlaub geschickt oder die Entlassung steht unmittelbar bevor. Und Simons, der Gauleiter selber? Darüber führt der Schreiber aus:

Aber einmal muß sich der an die Kette gelegte Mensch doch Luft verschaffen! Wo soll er da hingehen, um, ohne Risiko, im ver-schwiegene Ecken ein wenig miesmachen zu können?

Er ist ja angefüllt von Mißstimmung, von Enttäuschung, von Ausweglosigkeit bis zum Rande; in der Kneipe, beim Bier, lösen sich die Schloßer vor den Mündern der Gleichgeschalteten, der Druck weicht, die Komplexe lösen sich.

Ja, Kuchen —! wie der Berliner zu sagen pflegt.

In Frankfurt a. d. O., einem Mittelstädtchen unweit von Berlin, haben das einige versucht. Die Folgen sieht man beim Aufschlagen der Nummer 39 der »Berlin-Brandenburgischen Gastwirtezeitung«. Sie ist das Fachblatt der Berlin-Brandenburgischen Gastwirte und bringt, sehr versteckt und in kleiner Schrift, einen Bericht über die letzte Frankfurter Ortsgruppenversammlung des »Reichsverbands der Gastwirte«. Hier lesen wir:

»Eine lebhaft ausgeprägte Stimmung entspann sich über einen bedauerlichen Fall, der sich in Frankfurt (Oder) abgespielt hat und der ein Todesopfer gefordert hat. Im Endergebnis haben die politischen Formationen für 19 Frankfurter Lokale ein Sperrverbot verhängt, das sich naturgemäß schwer wirtschaftsschädigend auswirkt und leider noch immer nicht zurückgenommen worden ist. Kreisverwalter Haase betonte erneut mit allem Nachdruck, daß in Fällen, wo in einer Gastwirtschaft staatsfeindliche Äußerungen bemerkt würden, sofort das Feldjägerkorps oder die Schutzpolizei zu benachrichtigen ist, gleichviel, ob es sich um einen alten Stammgast oder sonstigen Freund handelt. Bei Nichtbefolgen dieser Anordnung sei stets, wie jetzt wieder erwiesen, der Leidtragende der Gastwirt.«

Also auch hier, im stillen Zechlokal, gibt es keine Oase in der Wüste des großen brau-

nen Schweigens. Selbst hier sitzen die Agenten der Leute mit dem schlechten Gewissen herum, spitzen ihre Riesenohren und notieren sich verdächtige, staatsgefährliche Mundgeräusche.

Besonders schlimm aber sind die Gastwirte daran. Sie brauchen es gar nicht an Denunzianteneifer fehlen zu lassen, sie brauchen nur ein wenig schwerhörig zu sein — schon sitzen sie in der Tinte! Der Aufgabenkreis der Restaurateure verbreitert sich. Die Geplagten haben sich nicht mehr allein, wie bisher, um das Ausschneiden der Biere, das ordnungsgemäße Begleichen der Zeche, um Speisen und Sperrtunde zu bekümmern, sie müssen jetzt auch mit gespitzen Ohrmuscheln unter die Stammtische kriechen, um das Geflüster der Untertanen auf etwaige Disharmonien zu prüfen.

Wehe dem Gastwirt, der sich ein staatsgefährliches Wort entgehen läßt. Ihm drohen Schande, Ruin und »Konzertlager«.

Kein Stammgast, nicht der engste Freund, darf sein Herz zu Kompromissen bewegen! Beim ersten verkehrten Wort des Freundes hat er nach dem Göringschen Feldjägerkorps zu schreien. Unseliger Gastwirt, unselige Gäste!

Und so wird dem sorgenvollen Restaurateur nichts anderes übrig bleiben, als mit Symbolik zu arbeiten. Er lasse hoch oben von der Decke herab einen riesigen Maulkorb in das Gastzimmer herabbauen, letztes und tiefstes Symbol des deutschen Zustandes!

Denn warnend zu plakativieren, daß er zum Geheim- und Beschnüfflungsdienst für die Gestapo verpflichtet sei, würde ihm gewiß nicht bekommen sein.

Den Maulkorb aber, dies Wappenzeichen neudeutscher Herrlichkeit, werden sie ihm nicht beschlagnahmen können.

Sagt er doch alles, was zu diesem Regime, zu diesen regierenden Männern und zu ihrer namenlosen Schande zu sagen ist!

Offizier bemerkt in seinem Brief, sein jetziger Beruf führe ihn durch ganz Deutschland. Man brauche, um den Sumpf Hitlerdeutschlands kennen zu lernen, nur sein Ohr den Gesprächen der Reisenden in den Durchgangswagen zu leihen. Wörtlich: »Was ich hier schreibe (er meint die Affären von Koblenz) ist nicht einzig dastehend. Ich könnte jede beliebige andere Stadt nehmen. Das Bild wäre im Grunde nicht anders, oft aber noch schlimmer.«

»Der Fall... sei ihnen allen eine Warnung, und zwar den Juden sowohl wie den Weibern, die sich so weit in Schande erniedrigen, daß sie sich mit Angehörigen dieser Rasse einlassen.«

Mannheimer »Hakenkreuzbanner«.

Nachher

Von Bruno Brandy.

Morgendämmerung. Eine Landschaft in Europa. Ringsum Trümmerfeld, zerborstene Häuser, verkohlte, rauchgeschwärzte Ruinen, tote Menschen zwischen steinernem Chaos. Zwei Männer stapfen durch die tote Wästenel, barhäuptig, die Gasmaske vorm Gesicht, in Hemd und Hosen der eine, im Gehrock der andere.

Der Eine: Und Du sagst, das war nicht zu verhindern? Mensch, Du standest doch mit an der Spitze! Schau um Dich und antworte mir: Wenn Ihr dies Ende vorher hättet schauen können — der Krieg wäre trotzdem gekommen?!

Der Minister (knüpft den Gehrock auf, atmet schwer): Ich weiß nicht, mir ist, als läge alles tausend Jahre zurück. Meine Erinnerung ist nahezu verschüttet... Was sollten wir tun? Als in Mitteleuropa die Barbarei zu regieren begann, als Vernunft und Menschlichkeit gesteinigt wurden, hatte der Wahnsinn neue Chancen. Selbst die Friedlichen wußten keinen Ausweg mehr.

Der Eine: Doch, sie wußten einen Ausweg! Es gab die Solidarität der friedlichen Völker! Es gab den Boykott! Es gab gegen Mittelalter und Kulturschande die moralische und wirtschaftliche Blockade!

Der Minister: Die moralische vielleicht, die wirtschaftliche nicht. Überall waren die Lager voll, kein Land wollte auch nur auf tausend Tonnen Ausfuhr verzichten. Bei uns mußte Getreide vernichtet werden. Die Kapitalisten waren bereit, jede Regierung zu stürzen, die Export hemmte.

Der Eine: Und jetzt? Gehts jetzt den Exporteuren besser? Wir wandern seit zwei Tagen und haben noch keine andere lebende Seele gesehen. Ausgestorben. Tot ist das ganze Land!

Der Minister: Dieses Ende haben die Herren ja eben nicht glauben wollen — drum gab's nichts!

Der Eine: Es gab noch etwas. Es gab den Appell an die leidenden Millionen. Es gab die Abrüstung der Welt. Kein Land hätte widerstehen dürfen; ein Völkerbund des Friedens hätte mit diesem Ruf jeden Despoten bezwungen — ihre Demagogik lebte ja nur von den Rüstungen der anderen! Aber eure Herzen waren lau, euer Wille zag, euer Denken im Herkömmlichen eingeerstet! (Drohend): Wer von euch hatte den Mut, mit eurer überlebten Welt zu brechen? Nur wenige Deinesgleichen, Du warst nicht dabei! (Packt einen Knüppel, will sich auf den Minister stürzen.)

Der Minister (fällt ihm in den Arm): Auch ich wollte den Frieden. Auch ich war nur ein Staubkorn der Geschichte... (Sie ringen miteinander.) Packt Dich der Wahnsinn wieder? Willst Du allein bleiben zwischen Toten?!

Beide sinken erschöpft auf einen verkohlten Balken, lehnen sich gegen einen Mauerrest, schließen die Augen, schlafen erschöpft ein. Ein Vogel wippt durch die Luft, kreist einige Male verzweifelt über den Trümmern, als wollte er sich setzen, fliegt lautlos weiter.

Von weit draußen steigt eine Gestalt näher und näher: der letzte Nationalist. Auf dem Kopfe einen Zylinder, darunter

Gasmaske, der Leib in zeretzte Fahnen-tücher gehüllt. Hebt ab und zu etwas vom Boden auf, kommt näher, sieht die beiden Schlafenden, bleibt in respektvoller Entfernung stehen.

Der letzte Nationalist (den Zylinder lüftend): Darf ich nähertreten, meine Herren? Oder sind Sie auch schon tot? Ich bin harmlos, hähähä... Ich sammle Andenken an die große Zeit, denn bei Wotan, meine Herren: so was erleben wir nicht gleich wieder... Sehen Sie den Schornstein da draußen? Der einzige Ueberlebende von unseren Werken! Beschäftigten dreitausend Arbeiter. Renomierteste Firma des Kontinents. Lieferte an alle bessere Staaten. Vom Revolver bis zum Langrohrgeschütz — alles erstklassig. In den letzten zwei Jahren herrschte Rekord-Konjunktur. Große Zeit für Aktionäre... hähähä... (Schiebt die Gasmaske hoch, hebt ein Messer auf, liest die Inschrift der Klinge: »Blut und Ehre«, kichert.) Schade um diese Menschheit, wie? War ein heroisches Geschlecht! So herrlich sinnlos zu verrecken — das hat uns noch kein anderes Zeitalter vorgemacht! Und wenn die starken Männer nicht endlich gekommen wären, die Reiniger und Erneuerer, die das Sterben in Verrücktheit predigten, dann hätte der Heroismus nie die glorreichen Formen des überirdischen Bödsinns angenommen... hähähä... und auf Blut und Ehre: nie hätten wir in zwei Jahren vier Milliarden verdient!

Der Minister (im Traume lallend): Appell an die Abermillionen...

Der letzte Nationalist: Wie bitte? Millionen?! Milliarden, sage ich,

Abermilliarden! Trösten wir uns, meine Herren, Europa ist in Ehren untergegangen. Schade, daß alle tot sind, sonst könnten wir jetzt eine fabelhafte Konjunktur genießen... (Ickhernd, hüstelnd), ein Konjunktürchen, sage ich Ihnen! (Windstöße treiben stickige Gasschwaden über das Gelände.) Achtung, dicke Luft, meine Herren! Es geht nicht über das gemeinsame Fronterlebnis, hähähä... (Stülpt die Gasmaske über das Gesicht.) Gott mit Ihnen, meine Herren! Heil Hitler! (Stapft meckernd und ickhernd über die Trümmer davon.)

Ein sonniges Gemüt

Der früher einmal geachtete Publizist Hermann Claudius, der sich so gerne Dichter nennen hört, hat sich bekanntlich seinerzeit eiligst gleichgeschaltet. Er veröffentlichte in diesen Tagen im Feuilleton deutscher Zeitungen eine Sonnenstrahlenerzählung, die folgendermaßen beginnt:

»Ich habe mit gefangenen Vögeln immer viel Mitleid gehabt!«

Dafür hat es dem Gesinnungsakrobaten Claudius immer an Mitleid mit gefangenen Kollegen gefehlt. Sonst hätte er sich nämlich nicht gleichgeschaltet.

Der weiße Fleck

Wer etwa meint, daß in Deutschland nun bald genug »gereinigt«, geschneffelt, registriert und katalogisiert worden sei, wer da meint, daß es bald keine einzige Großmutter mehr aus der Grabesruhe zu scheuchen gebe, der irrt sich. Den Rassisten erscheinen die Ahnenreihen noch lange nicht stramm genug ausgerichtet, die Stammbäume noch lange

Auswandern, aber wohin?

Vor dem Kriege war das so: Man sparte auf das Fahrgeid oder borgte es bei einem wohlgesinnten Onkel oder hilfsbereiten Freunde, und dann ging es los, mit einem Rucksack voller Hoffnungen und dem festen Willen, keine Arbeit zu scheuen. Daß sich keine Arbeit bieten könnte, auf diesen Gedanken kam man gar nicht, gar wenn die Reise nach Uebersee ging. Paß- oder Einreiseschwierigkeiten gab es nicht, man wußte nicht einmal, wie so ein Paß aussah. Es sei denn, man wollte nach Rußland. Aber wer wollte denn nach diesem Lande auswandern?

Heute ist es anders. Schon die Einreise in ein Land ist ein Problem. Da gibt es Paß- und Visumfragen, und nachher gilt es, die Aufenthaltsgenehmigung und die Arbeitsgenehmigung zu erhalten. Und hat man alle diese Schwierigkeiten überwunden, hat man oft noch lange keine Existenz.

Da aber zu Hause Not und Elend groß und bei den politischen Flüchtlingen — es gibt ihrer mehr als eine Million auf dieser Erde — noch größer ist, sucht jeder fieberhaft den ganzen Horizont ab, wo sich vielleicht ein Schimmer einer Existenz bieten könnte. Und dann beginnt das Rückfragen bei den Konsulaten, Polizeidirektionen, Flüchtlingskomitees, die immer wieder dasselbe sagen müssen, und die meisten, die frühmorgens frohgemut über ihre Idee hinausgezogen sind, werfen sich am Abend wieder verzweifelt auf ihr Lager.

So geht es nicht nur den ärmsten Emigranten, jenen, die nicht einmal das Geld zu einer Reise besitzen — ihnen würde manches Komitee gern helfen, wenn es ein geeignetes Einwanderungsland wüßte — sondern auch die Besitzer einiger tausend Reichsmark sind den Besitzlosen nur darin — was allerdings sehr viel ist! — voraus, daß sie noch nicht hungern müssen. Bei der Schaffung einer Existenz stehen auch sie meist vor unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Eine Besonderheit stellt bei den politischen Flüchtlingen auch noch der Unterschied in der Paßfrage dar. Wer keinen gültigen Paß besitzt — Interimspässe gelten nicht als reguläre Pässe —, muß überall mit größeren Schwierigkeiten, ja mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß er Reisen, die ein anderer ohne jede Rückfrage antreten kann, überhaupt nicht genehmigt erhält, indem das Einreiseland seinen Paß zu visieren ablehnt oder die Visierung davon abhängig macht, daß das bisherige Aufenthaltsland die Rückkehr gestattet. Was durchaus nicht immer geschieht.

Die Unterschiede in bezug auf Paß, Geldmittel, Alter, Eignung, Vorbildung, Beziehungen bringen die vielen Variationen in den Flüchtlingsschicksalen hervor, die jeden Fall zu einem Sonderfall machen und ihn den Betroffenen auch so empfinden lassen. Um-

gekehrt erfordert infolgedessen die Verallgemeinerung jeder Nachricht, daß dieser oder jener da oder dort seine Existenz gefunden habe, Skepsis, so lange die Begleitumstände nicht erforscht sind. Denn hier gilt besonders der Satz: Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe!

Trotzdem soll keiner, darf keiner die Hoffnung aufgeben, daß auch ihm wieder ein besserer Tag aufgehen und er so die Zeit überwinden wird, bis in seiner Heimat wieder die Freiheit wohnt. Diesen Kämpfern unnötige Enttäuschungen zu ersparen, seien die Auswanderungsmöglichkeiten nach den wichtigsten europäischen Ländern auf Grund neuesten Materials kurz skizziert.

Albanien. Nur für selbständige Landwirte. Ausländische Aerzte und Zahnärzte werden nicht zugelassen.

Belgien. Keine Aufenthaltsgenehmigung für Stellensuchende.

Bulgarien. Aufenthaltsgenehmigung nur, wenn für den Posten kein bulgarischer Staatsangehöriger in Frage kommt.

Dänemark. Aufenthaltserlaubnis für Fremde von sechs auf drei Monate herabgesetzt. Für Verlängerung besondere Genehmigung.

Finnland. Arbeitsbewilligungen werden nicht erteilt.

Frankreich. In der südfranzösischen Landwirtschaft herrscht starker Mangel an Arbeitskräften. Auch für selbständige Landwirte mit mindestens 15.000 RM. bestehen Aussichten. Auch Pacht ist möglich. Jüdische Gesellschaften zur Ansiedlung von Flüchtlingen haben sich gebildet. An Ingenieuren kein Bedarf, wie überhaupt Arbeitsgenehmigung nicht zu erhalten ist. Für selbständige Kaufleute und Gewerbetreibende bestehen geringe gesetzliche Schwierigkeiten.

Griechenland. Lebenskosten 50 Prozent der deutschen. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis wird nicht erteilt.

Großbritannien. Einwanderung außerordentlich schwierig, wenn nicht Nachweis, daß Verwandte für den Unterhalt aufkommen oder Mittel zur Verfügung stehen. Eröffnung jeglicher Detailunternehmung wird abgelehnt. Für Aerzte, die in Deutschland schon approbiert waren, besteht Möglichkeit, auf dem Wege über beschleunigtes Examen in Edinburg.

Holland. Aufenthaltsgenehmigung nur bei Besitz von 10.000 RM. Ein Drittel der Arbeiterschaft arbeitslos. Auch in Niederländisch-Indien keine Aussichten.

Island. Landwirtschaft aufnahmefähig für Leute mit kleinem Kapital. Klima milder als Stockholm. Einreisebeschränkungen gibt es nicht.

Italien. Aussichtslos. Arbeitsbewilligung an Ausländer wird nicht erteilt, ebensowenig Konzession für Ladengeschäfte.

Jugoslawien. Zunehmende Arbeitslosigkeit. Arbeitsgenehmigung für akademische

Berufe nicht zu erhalten. Viele Emigranten haben das Land wieder verlassen.

Lettland. Arbeitsgenehmigung wird nicht erteilt.

Luxemburg. Arbeitsgenehmigung wird nicht erteilt. Kaufleute und Handwerksmeister erhalten Niederlassungsgenehmigung erst nach zehnjährigem Aufenthalt im Lande.

Portugal. Reichsdeutsche mit Paß brauchen kein Visum, doch darf eine Stelle nur angenommen werden, wenn kein portugiesischer Arbeitsloser in Frage kommt.

Rumänien. Einwanderung grundsätzlich nicht gestattet; Einreise als Tourist möglich, doch bestehen Fremdenverkehrsverordnungen für den Aufenthalt.

Schweden. Erholt sich langsam. Landwirtschaft geht es schlecht. Für Ausländer keine Stelle, die Schweden ausfüllen können. Nur Knopfindustrie gesucht.

Schweiz. Keine Arbeitmöglichkeit für Ausländer.

Spanien. Sichtvermerkzwang. Arbeitsgenehmigung erforderlich. Wird nur erteilt, wenn kein Spanier in Frage kommt. Auch für selbständige Kaufleute und qualifizierte Handwerker wird es immer schwieriger, obwohl Wirtschaftskrise in Spanien weniger drückend. Fremdenindustrie und Landwirtschaft auf den Balearen aussichtsreich. Das Land ist billig.

Türkei. Sichtvermerk wird auf reichsdeutschen Paß erteilt, ebenso Aufenthaltsgenehmigung, wenn nicht Gefahr, daß Gesuchsteller mittellos ist und türkischen Behörden zur Last fällt. Viele Berufe für Ausländer verboten. Schwere Wirtschaftskrise und große Arbeitslosigkeit. Aussichten für Fachleute mit Spezialkenntnissen. Es gibt keine Sozialgesetzgebung, aber 25prozentige Einkommensteuer!

Ungarn. Für Einwanderung ungeeignet.

Proleten zu Pferde

Jeder darf sterben.

Die Arbeiter, denen man alle Rechte genommen hat, sollen jetzt ein neues Recht erhalten, nämlich das Recht zu sterben. Das Reiten soll, wie der Pressedienst von „Kraft durch Freude“ meldet, von nun an nicht mehr das Vorrecht des Herrenklubs sein. Bei näherer Ueberlegung stellt sich allerdings heraus, daß dieses Recht auf das Reiten kein Recht auf Freude, kein Recht auf Leben, sondern nur die Erlaubnis zum Sterben ist.

Denn diese Geschichte mit den Reitfreunden hat einen Hintergrund. Haben wir nicht schon von Leuten des »Systems« gehört, der Reitsport müsse aufhören, ein Privatluxus zu sein? Ja, der General von Seeckt z. B. hat in seinem Buch »Gedanken eines Soldaten« in diesem Sinne Stellung genommen. Allerdings hat er seine Sache sachlicher verfochten und aus einer militärischen Not-

wendigkeit keine Sozialisierung des Pferdesports und Befreiung des Arbeiters gemacht. Er sagte damals, schon einige Jahre vor der nationalen Erhebung:

»Es ist durchaus unerwünscht, wenn die Reiter von privater Hilfe abhängig werden, oder wenn das Reiten eine Frage des Geldbeutels wird. Hierzu gehört freilich die Ueberzeugung, daß der Reitsport kein Privatluxus, sondern ein unentbehrlicher Faktor bei der Ausbildung der Armee ist...« (S. 133—135.)

Dieser General der »November-OHL« war doch ein famoser »Nationalsozialist«! Reitsport hier, Reitsport dort, es ist nichts weiter als die Militarisierung des Volkes. Jeder darf sterben!

Aber hat das Pferd militärisch nicht ausgespielt, nachdem die Heere motorisiert werden? Gehört die Kavallerie nicht der Vergangenheit an? Gewiß, die Zeit der Verwendung großer, geschlossener Kavalleriekörper ist vorbei, aber im neuen Heeresystem fallen der Kavallerie neue Funktionen zu. Das Prinzip moderner Kriegsführung ist schnelle und plötzliche Entscheidungsschlacht. Bewegung ist Sieg! Den Motorfahrzeugen stehen da gewisse Schwierigkeiten entgegen. Gut ausgebautes Straßennetz, sichere Brücken, nicht zu große Höhen, Möglichkeit der Oelfuhr usw. sind Voraussetzungen, an die das Motorfahrzeug gebunden ist. Der Tank ohne Oel ist wertlos, Pferde aber sind sehr leicht zu ernähren, weil sie außerordentlich genügsam sind. Pferde sind also militärisch notwendig. In technisch und industriell weniger entwickelten Ländern spielen sie eine ganz besonders große Rolle. Trotzki sieht den schwachen Punkt in der Versorgung der Roten Armee gegenwärtig im Mangel an Pferden. »Wie zu Napoleons Zeiten braucht die Armee auch heute noch für je drei Soldaten ein Pferd.«

Die moderne Kavallerie erfordert sehr qualifizierte Menschen, weil der Kavallerist eine Art Infanterist zu Pferde ist und darum sehr vielseitig ausgebildet werden muß. Darum suchen sie den Arbeiter!

Wohlauf Proleten, aufs Pferd, aufs Pferd! Ihr seid des Herrenklubs Erben, Er hat sich vom Reiten abgekehrt. Denn ihr seid besser zum Sterben!

W.

Juden brauchen keinen Gasschutz!

Göring, Herr der deutschen Luft, hat für den künftigen Krieg Luftschutz-Bestimmungen ausgearbeitet, die noch geheimgehalten werden. Es ist aber bereits durchgesickert, daß bei den verschiedenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei feindlichen Luftangriffen die Juden, sobald sie nicht Frontkämpfer gewesen sind, ausgenommen werden sollen. So sollen ihnen die bomben- und gas-sicheren Unterstände verschlossen bleiben. Sowohl in christlichen Kreisen wie auch bei der Reichswehr haben diese grausamen Bestimmungen Proteste ausgelöst und man hat schon wiederholt versucht, diese Exzesse eines Sadistengehirns durch Abänderungen zu beseitigen. Bisher aber erfolglos.

nicht genug gedünkt, jetzt soll der Spaß erst richtig losgehen. Jetzt sollen die Standesämter zu Sippenämtern erweitert werden, und wehe dem Unglücklichen, der nicht alle Altvorderen vollzählig beisammen hat, sein künftiges Ehegespons wird in milder, aber bestimmter Form vor ihm gewarnt werden. Denn — so schrieb der Oberzuchtmaster der eben im Werden begriffenen Sippenämter, Dr. Achim Gercke, in den deutschen Zeitungen:

»Das Sippenamt soll sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß es nicht auf den einzelnen ankommt, sondern, daß es immer ankommt auf das Verhältnis zu seiner Sippe, auf sein Verhältnis zu seiner Rasse, seinem Volke.«

Und, fügt er für die Begriffstutzigen hinzu, die den Großmutterkomplex schon halbwegs bereinigt glaubten,

»Man kann schon erkennen, welche Aufgaben das ganze Sippenamt hat, wenn die Erbblologen dazu kommen werden, das Volk durchzusichten, um die Minderwertigen von den Erbtüchtigen zu scheiden.«

Das klingt vielversprechend! Achim meint aber, die ganze Einrichtung komme reichlich spät. Wenn etwa die antiluvianschen Urzeitmenschen sich schon eine wohlgeordnete Sippenkartei aus Mammutknochen zugelegt hätten, — wie vielen könnten wir heute wieder ihren Erzeuger nennen, ihnen den Namen ihres Großvaters angeben, damit sie eine Ahnentafel haben, und sich nicht zu schämen brauchen, daß in der Ahnentafel ein weißer Fleck ist.

Ein »weißer Fleck«! Da haben wir! Endlich kommt zum »gelben Fleck«, unter dem die Juden leiden, auch noch der »weiße Fleck«, der selbst den von sich überzeugte-

sten Nationalsozialisten und Ariern zustoßen kann.

Wer vor die Schranken des Sippenamtes tritt, muß vorher alle Ahnenknochen sorgfältig nummerieren, sonst schwimmt ihm die Braut mitsamt der Erbtüchtigkeit davon. »Wat Mensch — heiraten wolln se? Sie ham ja zwei weiße Flecke mütterlicherseits — bei Ihnen plepft woll? Schaffen Se erst mal Ihre Ahnentafel in die Reinigung!«

Gewinnen wird bei der ganzen Neugründung in erster Linie Achim Gercke, der künftige Leiter, denn ein fetterer, sozusagen zukunftssträchtigerer Posten ist lange nicht geschaffen worden.

„Völker, hört die Signale..“

Die jetzige Redaktion des »8-Uhr-Abendblattes«, die bekanntlich nur aus garantiert reinarischen Nationalsozialisten, noch dazu der alten Garde besteht, suchte in der vorigen Woche für ihre journalistischen Erzeugnisse eine besonders wirkungsvolle und zugkräftige Ueberschrift. Sie suchte und fand sie: »Völker, hört die Signale...!« stand in größten Lettern auf der ersten Hauptblattseite. Es sollte ein »Witz« sein. Sonderbarerweise aber verstand man in den der deutschen Presse heute vorgesetzten Kommandoschreibstuben diesen Witz nicht. Im Gegenteil: Ehe sie es sich versah, saß die gesamte Redaktion des »8-Uhr-Abendblattes« in den Haftzellen des Polizeigefängnisses Alexanderplatz. Obwohl man unzählige Male beteuerte, doch nur einen Scherz und im Dienste der Göbbels-Propaganda das Beste gewollt zu haben, behielt man die Herrschaften einen ganzen Tag in Polizeihaft und nur dem Umstand, daß sie

alte Nationalsozialisten seien, erhaben über jeden marxistischen Verdacht, hatten sie es zu verdanken, daß sie vom Polizeigefängnis aus nicht den Weg ins Konzentrationslager antreten mußten.

Alte Lieder, neuer Sinn!

Von einer „geschlossenen, gottesdienstlichen Reformationsfeier am 31. Oktober 1934“ in Berlin sendet uns ein Freund die gedruckten Liedertexte. Die Feier begann mit einem Lutherlied:

Erhalt' uns Herr bei Deinem Wort
Und steu're Deiner Feinde Mord.
Nach weiteren Gebeten und Ansprachen folgte „Ein feste Burg“ mit den Versen:

Der alt' böse Feind
Mit Ernst er's jetzt meint,
Groß' Macht und viel' List,
Seln' graussm' Rätung ist,
Auf Erd, ist nichts seingleichen.

Und wieder sprach ein Pfarrer, dann sang die Gemeinde „Und wenn die Welt voll Teufel wär“:

Der Fürst dieser Welt
Wie sau'r er sich stellt,
Tut er uns doch nicht
Das macht, er ist gericht.
Ein Wörtlein kann ihn fällen.

Und zum Schluß brauste es:
Nehmen sie den Leib,
Gut, Ehr, Kind und Weib,
Laß fahren dahin,
Sie habens kein Gewinn,
Das Reich muß uns doch bleiben.

Es gab eine Zeit, in der es vielen Protestanten und Nichtprotestanten schien als

hätten diese Worte ihren Sinn verloren. Jetzt haben sie ihn wieder! Sogar auch für Ungläubige!

Kreaturen

In der »Deutschen Wochenschau« lesen wir folgende Briefkastenantwort:

Tertianer F. L. Gumbinnen. »Kreatur« bedeutet ursprünglich: Geschöpf. Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man darunter einen charakterlosen Liebediener, der auf Kosten seiner Ueberzeugung im Interesse seines eigenen Vorteils auch Verbrechen gutheißt und deckt und den anständigen Menschen schädigt.

Hoffentlich sucht der Tertianer nun nicht nach Beispielen. Wer die deutsche Regierung verächtlich macht, hat hohe Zuchthausstrafen zu gewärtigen.

Er bewundert sich

In einer Sportpalsat-Versammlung sagte Göbbels laut Bericht des »Völkischen Beobachters«:

»Wir haben uns an die schwierigen Aufgaben mit Eifer und mit Fleiß und mit bewunderungswürdiger Zähigkeit herangemacht.«

Na also! Wenn er nur mit sich zufrieden ist.

»Jeder Betriebsführer kann... seinen Gefolgschaftsmitgliedern eine besondere Freude machen, wenn er ihnen zu Weihnachten als besondere Anerkennung für die geleistete Jahresarbeit eine... Reisesparkarte schenkt, da dieses Geschenk schon von 50 Pfennigen an möglich ist...«

Aus einem Aufruf der »Deutschen Arbeitsfront« an die »Betriebsführer«.

Betriebsappell statt Kontrolluhr

Aus den Betrieben werden Kasernen

»Wir Nationalsozialisten suchen die Seele... Wir gingen deshalb hin und suchten Wege zum Herzen des Volkes. Wir öffneten Tore, zu denen die anderen die Schlüssel verloren hatten.«

Ley im »Arbeitersturm«.

Der Schlüssel zur Seele des deutschen Arbeiters ist gefunden. Die Stechuhren in den Betrieben sollen in einer groß angelegten Winterschlacht niedergegangen und durch

tägliche Betriebsappelle vor Beginn und nach Beendigung der Arbeit

ersetzt werden. Ley hat eine große Beschichtigungsreise durch alle deutschen Betriebe angetreten, die er erst im Februar 1935 zu beenden gedenkt. Wie von ihm erklärt wird, soll der Betriebsappell im Vordergrund seiner Reise stehen: »Hier soll der Seelenlosigkeit der Stech- und Kontrolluhr zu Leibe gegangen werden.« Die nächsten Siegesberichte sind also weniger vom Felde der Arbeitsschlacht, als aus dem Gefilde der Uhrenschlacht zu erwarten. Die Reichsbetriebsgemeinschaften kündigen an, gegen die »Herabwürdigung des Menschen zur Maschine« anzukämpfen, der Kampf gilt dem »Marterinstrument« Stechuhr. Dieser Kampf der braunen Menschenschinder um die »Menschenwürde des Arbeiters« wird sogar zum leichteren Seelenfang in eine Scheinoffensive gegen die Unternehmer eingerahmt. Da schreibt der »Korrespondent« von einigen Betriebsführern, die die Stechuhr sogar als »eine den Gedanken der nationalsozialistischen Gemeinschaft fördernde Maßnahme« erklärt hätten, um gegen ihre Abschaffung Front zu machen:

»Unsere (des »Korrespondent«) Feststellungen sind sogar von einem Teil dieser Betriebsführer als Methoden eines marxistischen Klassenkampfes hingestellt worden. Man hat uns als Klassenkämpfer und Störer des Betriebsgemeinschaftsgedankens hingestellt. Ja, man hat es fertig gebracht, diese »unverantwortlich und klassenkämpferische marxistische Schriftleitung« mit Erschießen zu bedrohen und reif durch ein Kriegsgericht zu erklären.«

Es mag ja sein, daß einzelne Unternehmer bei der Ersetzung der Stechuhr durch den zweimaligen Betriebsappell am Tage einen

Verlust an Arbeitszeit befürchten. Vielleicht sind andere wiederum nicht erbaut davon, daß in ihren Betrieben allzuviel

Soldat gespielt

wird. Aber zu den Waffen brauchen die Herren Unternehmer gegen die Arbeitsfront-Offensive wirklich nicht zu greifen. So böse hat es der Ley ja nicht gemeint. Das Gerede von der »verhaßten Stechuhr« soll lediglich den Schein erwecken, als hätte sich der Hitlerismus auf die Persönlichkeitsrechte des Arbeiters besonnen. In Wirklichkeit sollen aus den Belegschaften Arbeitssoldaten gemacht werden.

Wenn die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Stempeluhr als ein Symptom kapitalistischer Unterdrückung der Arbeiterschaft gekennzeichnet hat, so galt ihr Kampf nicht diesem Uhreninstrument, sondern ihren Schöpfern. Sie wollte nicht nur vor den materiellen und moralischen Schäden jenes unstilllichen Wirtschaftssystem geschützt sein, sondern ihre Sozialpolitik war getragen von dem aufrechten Bewußtsein gleichberechtigter Staatsbürger und gleichberechtigter Kontrahenten im Arbeitsvertrag. Die freie Gewerkschaft war Pflegerin dieser sozialen Gedanken. Der Arbeiter will, daß jener unerträgliche Druck von ihm genommen wird, den die ungeheure wirtschaftliche Überlegenheit der kapitalistischen Besitzer über ihn gelegt hat. Er ist nicht Gegner einer Ordnung in Staat und Wirtschaft, aber er fordert soziale Rechtsnormen und persönliche Freiheit. Die Betriebsverfassung soll nicht zur

Kommandogewalt des Unternehmers

über seine »Gefolgschaft« werden, sondern sie muß den Arbeitenden Recht und Schutz gewährleisten.

Aus diesem Gedankengut der sozialistischen Bewegung nimmt heute der deutsche Faschismus die Kontrolluhr heraus, um zu verbergen, daß in seiner Sozialverfassung jeder Arbeiter und Angestellte aufgehört hat, Rechtsobjekt im Betriebe zu sein. Er schwätzt von Menschenwürde und degradiert den Träger der Arbeit zum Objekt des kapitalistischen Ausbeuters. Die Kontrolluhr soll verschwinden, um ihren Zweck in der Sklavenfront des Betriebsappells zu vollenden.

Sie zahlen den Lohn nicht aus

Die deutschen Seeleute hatten vor dem Hitlersystem das Recht, sich bei ihren Aufenthalten in ausländischen Häfen bis zu 50 Prozent des Lohnes auszahlen zu lassen. Bei den oft wochen- und monatelangen Reisen konnten die dringendsten Bedürfnisse dadurch erfüllt werden. Anschaffungen für zerschlossene Arbeitskleidung, Waschartikel, Rauchwaren usw. konnten gekauft werden. Jetzt ist damit gründlich Schluß. Der deutsche Seemann hat kein Verfügungsrecht mehr über seinen verdienten Lohn. Eine neue Verordnung verbietet die Auszahlung jedes Abschlags auf den Lohn in außerdeutschen Häfen. So wurde in diesen Tagen z. B. der Besatzung des Handelsschiffes »Isenstein« der Bernstein-Kompagnie die Auszahlung der fälligen Löhne verweigert. Dabei handelt es sich in diesem Fall um eine Linie, die als Standort für die größte Zahl ihrer Schiffe Antwerpen hat. Die Besatzung ist in Antwerpen gemustert, einige sogar in Antwerpen verheiratet. Die Fahrten bewegen sich stets zwischen Antwerpen und Nordamerika, deutsche Häfen werden überhaupt nicht angefahren, aber der Lohn der Seeleute wird zur Auszahlung nach Hamburg angewiesen. Wer Lohn haben will, mußte zur Reederei nach Hamburg fahren, dazu fehlen Zeit und Geld, oder er muß warten, bis er nach langer Zeit einmal nach Deutschland kommt. Es sind stärkste Proteste seitens der Schiffsbesatzungen erfolgt. Von Hitlerrausch ist nichts mehr zu merken. Die Besatzung der »Isenstein« ist vorstellig geworden beim deutschen Generalkonsul in Antwerpen. Der Konsul erklärte, leider nichts tun zu können, da ein neues Gesetz die Lohnauszahlung verbietet. Darauf hat die Besatzung sich telegraphisch an die Reichsregierung gewandt, aber noch keine Antwort erhalten. Die Bernstein-Kompagnie zahlte nunmehr zur Beruhigung der Besatzung entgegen dem Verbot 100 Franken an den einzelnen Seemann.

Die Opfer der Arbeit werden geprellt!

Die sozialpolitische Reaktion, die unter dem faschistischen Regime freien Lauf hat, findet in den Jahresberichten der gewerb-

lichen Berufsgenossenschaften ihren Niederschlag. Aus ihnen geht einmal hervor, daß die Zahl der gemeldeten Fälle von Berufskrankheiten und Unfällen gestiegen ist, und zum andern, daß die Anerkennung der Entschädigung für beide Arten einen Rückgang erfahren hat. Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes (zitiert im Reichsarbeitsblatt Nr. 29) gab es 1932 6671 gemeldete Fälle von Berufskrankheiten, im Jahre 1933 6709.

Obwohl hier also eine, wenn auch nicht erhebliche Steigerung zu verzeichnen ist, so ist die Zahl der Entschädigungen von 1742 im Jahre 1932 auf 1237 im Jahre 1933, demnach um 505 Fälle geringer.

Noch schlimmer steht es um die gemeldeten Unfälle. Sie sind von 820.509 im Jahre 1932 auf 919.374 im Jahre 1933 gestiegen.

Demnach eine Vermehrung um rund 100.000! Gleichzeitig haben aber die entschädigten Fälle eine Verringerung von 86.517 auf 72.360, also um 14.157, erfahren!

Diese Erhöhung der Berufskrankheiten und Unfälle läßt sich nicht erklären mit der angeblich starken Beschäftigungszunahme in der deutschen Industrie. Ebenso wenig wie die Verringerung der Anerkennung der Entschädigung, also der Zubilligung einer Abfindung oder einer Rente, nicht auf eine Häufung der Zunahme gerade weniger gefährlicher Berufskrankheiten oder der leichteren Unfälle zurückzuführen ist.

Vielmehr veranschaulichen diese Ziffern den Umfang der sozialpolitischen Reaktion auf diesem Gebiet und ihre ungeheuerlichen nachteiligen Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Besonders drastisch gilt dies für die Metallindustrie. Hier ist die Zahl der Anzeigen gestiegen, die Zahl der Entschädigungen aber ist um 50 Prozent zurückgegangen!

Berufskrankheiten und Unfälle steigen, weil die Herabdrückung der Löhne zu höchster Anspannung der Leistungsfähigkeit und damit zur Außerachtlassung der Schutzvorschriften zwingt; sie steigen, weil die Arbeiter des Schutzes der Betriebsräte und der Gewerkschaften entbehren und weil die Bedeutung der Gewerbeinspektion im Dritten Reich

Blinder Soldatengehorsam wird zur Arbeitsdisziplin entwickelt.

Die Kontrolluhr ist im Dritten Reich überflüssig geworden, nachdem die Arbeitswerkstatt zur Kaserne geworden ist. »Wir verlangen jetzt,« schreibt »Der Deutsche« offenherzig, »daß in den Betrieben die Betriebsgemeinschaft einexerziert werde. Mit einer Stirn, wie sie nur der hemmungslose Nazi haben kann, aber erzählt der Nazijournalist Hans Biallas, daß der Unternehmer durch den Betriebsappell gezwungen werden soll, sich um seine Belegschaft zu kümmern. Nachdem der Arbeitsfront alle Möglichkeit bescheidenster gewerkschaftlicher Tätigkeit genommen, den Belegschaften jedes Vertretungsrecht geraubt ist, sagt der Kommentator zum Betriebsappell mit Unverfrorenheit:

»Der Arbeiter muß dem Betriebsführer (beim Betriebsappell) auch die kleinen Sorgen vortragen können, aus deren Nichtbereinigung sich in früherer Zeit die Scheidewände zwischen den Klassen aufgerichtet haben.«

Und »Der Deutsche« schwindelt weiter:

»Wir wollen, daß jeder einzelne Werksangehörige mit seinem Betriebsführer persönlich sprechen kann... Das ist der tiefste Sinn der Betriebsappelle.«

Ley zerstört allerdings alle Illusionen, die etwa hinsichtlich dieser freimütigen Aussprache beim Betriebsappell entstehen könnten, indem er folgende Erinnerung an den preußischen Militarismus wachruft. (»Der Deutsche«, Nr. 271.)

»Wie früher die Kompagnien des alten Heeres alle zehn Tage beim Appell gefragt wurden: »Hat noch jemand Forderungen an Geld, Brot oder sonstigen Kompetenzen an die Kompagnie, der trete vor!« so soll auch heute die Kompagnie der Arbeit in kameradschaftlichem Geiste gefragt werden, ob jemand benachteiligt ist, ob jemand noch Forderungen hat, Beschwerden oder Klagen.«

Jeder kann sich beschweren, aber wehe dem, der es wirklich tut! Beim kgl. preußischen Kommiß zeigten nur völlig unbelehrbare Selbstmordkandidaten Neigung dazu.

Die sozialdemokratische Sozialpolitik wollte über die Kontrolluhr hinaus. Die nationalsozialistische führt weit hinter sie zurück! Das ist der Unterschied!

gewaltig gesunken ist! Dagegen nehmen die Entschädigungen ab, weil die gewerblichen Berufsgenossenschaften die gesetzlichen Bestimmungen jetzt in viel engerherziger Weise und zu Ungunsten der Opfer der Arbeit auslegen, als sie dies zu der Zeit konnten, da der Arbeiterschaft noch das Recht der Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen gegeben war.

Gewigte Sparer

Das System hat einen »nationalen Spartag« veranstaltet. Die Kreditinstitute veröffentlichten dazu einen Aufruf, in dem es heißt:

»In immer breitere Schichten wird die Aufklärung darüber getragen, daß Sparen in Gestalt der Bargeldhortung, des Vergrabens von Geldbeträgen in Strumpf, Bettstroh oder Kommode eine Versündigung am deutschen Arbeitkameraden darstellt.«

Es scheint sich herumgesprochen zu haben, daß die Gelder der deutschen Sparkassen sich in faule Arbeitswechsel, und ähnliche Ersatzwerte verwandelt haben, die nicht liquidierbar sind. Jeder Sparer, der es weiß, daß die Spargelder nicht mehr da sind, steckt sein Geld lieber sonst wo hin — nur nicht in eine Sparkasse des Dritten Reichs!

Neue Volksfeste

Menschenjagd als Ablenkung.

Die offiziellen Volksbelustigungen in Gangsterien sind 1934 bereits der Massennot einigermaßen angepaßt. Mitte November erhöhte sich in der Schutzhaft der Berliner Bankrat Köppen. Der »Angriff« hatte durch die lügenhafte Angabe, Köppen habe einen Mieter wegen 5 Mark Rückstand auf die Straße gesetzt, einige Leute dazu gebracht, dem Bankrat die Fensterscheiben einzuwerfen. Der Verhaftete war der Meinung, daß die Gesetze entsprechend geändert werden müßten, wenn er nicht über Mieträume verfügen dürfe, die 3 Monate nicht mehr bezahlt wurden. Worauf Göbbels im »Angriff« die klassische Antwort erteilte: Es sei besser, Einzelne litten, als daß sich der Volkszorn gegen den Staat entlüde. Nach dieser Maxime werden jetzt im Dritten Reich lustige Krawalle gegen Einzelne veranstaltet. Das

Neueste ist die Hamsterjagd. In Leipzig wurde eine »spontane Volksempörung« wider einen Häusermakler veranstaltet, der sich zu reichlich mit Lebensmitteln, Seife und Schuhen eingedeckelt haben soll. Man konnte in der Nazipresse die fotografierte Volksempörung sehen; gut angezogene Leute mit den Bäuchen mittlerer Beamter und den Gesichtern nationalsozialistischer Angestellter ziehen hinter beschrifteten Schildern geordnet durch die Straße. Fast alle sehen sie aus wie pensionberechtigt, auf den Weidegebieten der NSDAP heimisch und vom »Amtswalter« durch Handzettel herbeigerufen. Von empörter Menge keine Spur.

Denn die hungernde, leidende Masse weiß, daß die fetten Oberbonzen und Hitlerschranzen, daß die kapitalistischen Schichten und oberen Zehntausende sich erheblich besser gesichert haben, als irgendein Hausverkäufer. Der Zorn der hungernden Menge gilt dem braunen Massenbetrug, von dem Hitlers Propagandachef dadurch abzulenken sucht, daß man ab und zu »einen Einzelnen leiden läßt«... Die Prangerfeste wegen »Rassenschande« haben im Ausland zuviel böses Blut gemacht, die Schandstaten gegen Juden müssen bis auf weiteres ebenfalls heimlich verübt werden — also mal was aderes her. Welch ein Stümper war daneben der russische Zar, der seine Schwarzhundertler immer wieder nur gegen oppositionelle Massen losließ! Göbbels denkt moderner: befriedigt grient der kleine Spießler, wenn man ihm gelegentlich einen Hauswirt oder sonst einen Vertreter irgend einer unbeliebten Sparte zum Fressen serviert.

Rassische Preisüberwachung

Wie die »Frankfurter Zeitung« berichtet, hat die Preisüberwachungsstelle der Parteileitung der NSDAP eine »Materialsammlung« in die Wege geleitet, die innerhalb der Deutschen Arbeitsfront durchgeführt wird. In dem Fragebogen, der an alle arischen Firmen verschickt wird, heißt es:

»Müssen Sie heute noch von jüdischen Lieferanten kaufen, warum und welche Waren?«

Dieser Trick hat zwar mit Preisüberwachung nicht das geringste zu tun, aber er beweist, daß die Katastrophenhelden des Dritten Reiches ihre Hoffnung noch immer auf Erschlagung des letzten jüdischen Konkurrenten setzen. Als Schutz gegen eine niedergehende Lawine spannen sie Regenschirme auf. Dem Erfolg darf man mit Spannung entgegensehen.

Taubstumme an die Propaganda-Front!

Nichts ist im Dritten Reich unmöglich. Wie man aus den geheimen Kammern des Propagandaministeriums jetzt erfährt, sind eine ganze Reihe von Göbbels-Agenten neuerdings in Taubstummen-Anstalten in gründlichen Kursen für den Umgang mit Taubstummen ausgebildet worden. Da es den braunen Gangstern nicht gelungen ist, das deutsche Volk vollkommen taub und stumm zu machen, sollen nun wenigstens die Taubstummen erobert werden.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Ks 140 (für ein Quartal bei freier Zustellung Ks 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Ks 2.— (Ks 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guild. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.015 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.